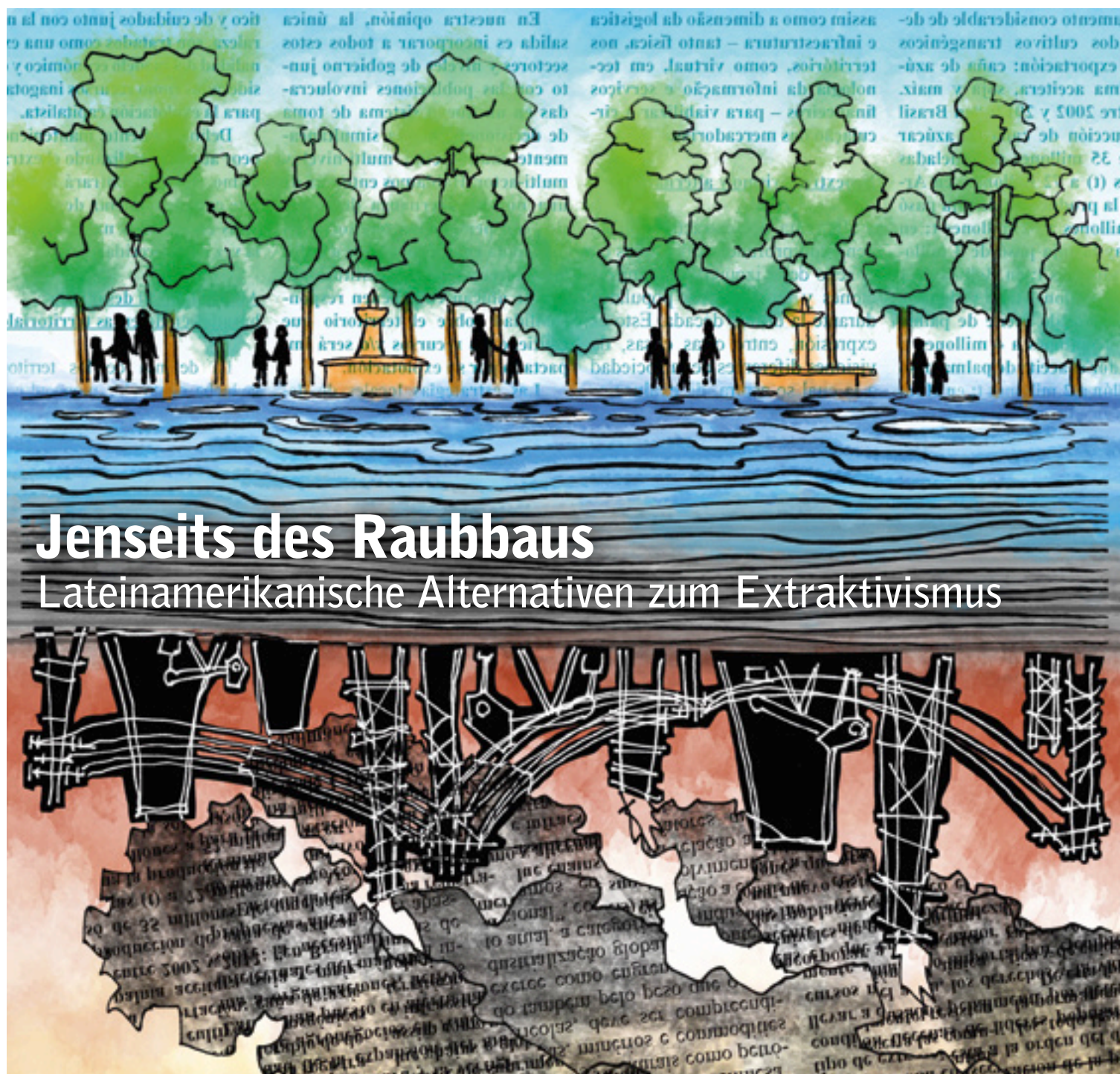


perspectivas

Ausgabe 1
September 2015

POLITISCHE ANALYSEN UND KOMMENTARE

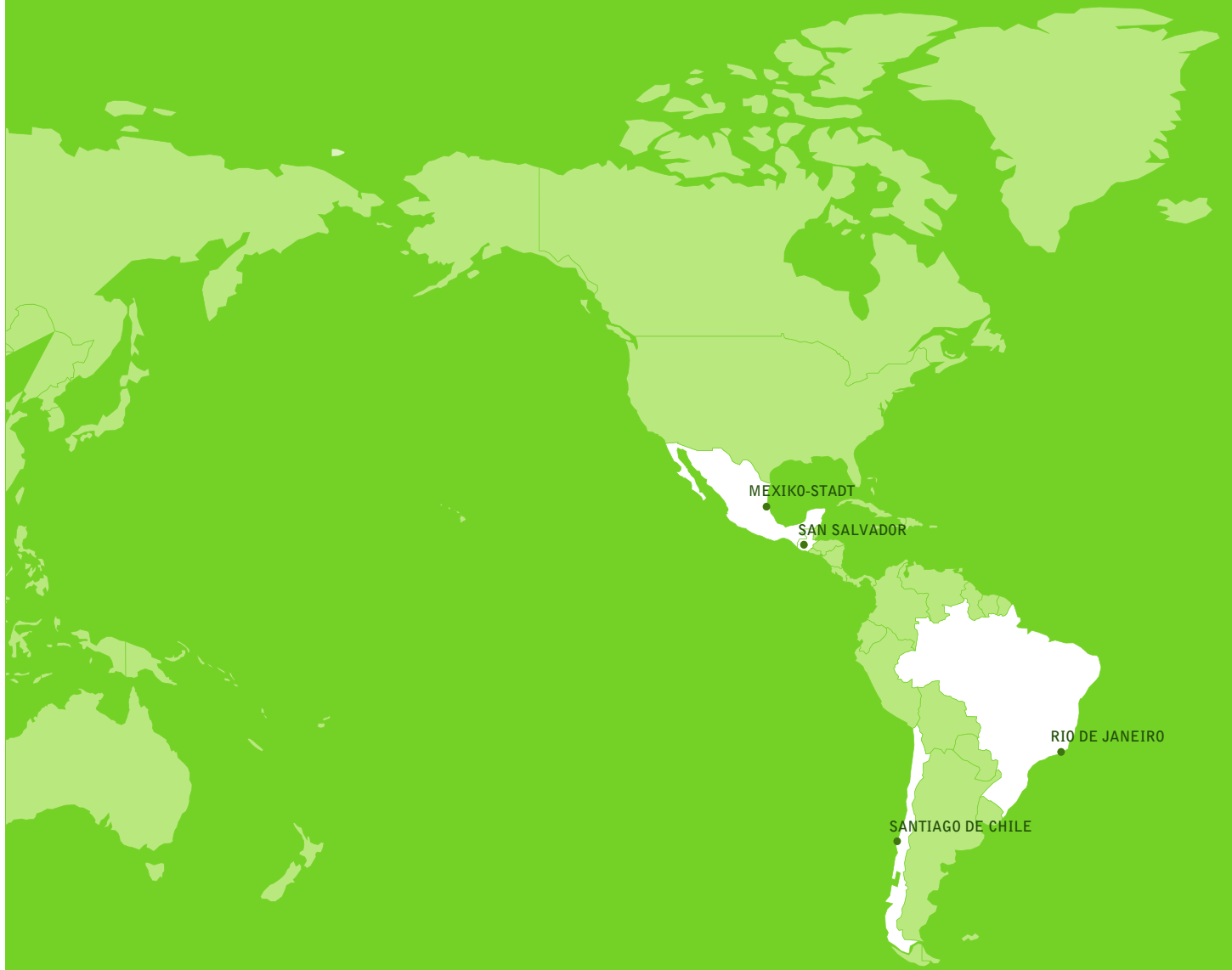
LATEINAMERIKA



Jenseits des Raubbaus

Lateinamerikanische Alternativen zum Extraktivismus

Perspectivas Lateinamerika erscheint in enger Zusammenarbeit mit den Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Lateinamerika.



Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90 / Die Grünen nahe. Sie hat ihren Hauptsitz in Berlin und unterhält derzeit 31 Büros weltweit. In Lateinamerika engagieren wir uns gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern insbesondere in der Klima- und Ressourcenpolitik, wir fördern Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit und die Umsetzung der Menschenrechte. Elementar wichtig ist uns die Stärkung und Unterstützung lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Stiftung bemüht sich um die intensive Vermittlung von Wissen und Verständnis zwischen den Akteurinnen und Akteuren in Europa und Lateinamerika; dazu gehört auch die Förderung internationaler Dialoge, denn sie sind die Voraussetzung für konstruktives Handeln.

Inhalt

- 2** Vorwort
- 8** Neo-Extraktivismus
Ein umstrittenes Entwicklungsmodell und seine Alternativen
Edgardo Lander
- 12** Nach den Plünderungen: Wege in den Post-Extraktivismus
Alberto Acosta
- 18** Der Post-Extraktivismus und die Herausforderung,
den Metabolismus der Weltwirtschaft anders zu denken
Camila Moreno
- 23** Landnahme für den Fleischteller
Debatten und Alternativen zum Modell des Agrobusiness in Argentinien
Maristella Svampa
- 28** Zwischen Wasserkraft und Petrodollar
Demokratische Energie-Governance in Peru als Herausforderung
Carlos Monge
- 34** Zeit für Reformen: Finanzpolitik und Steuersysteme in Lateinamerika
Miguel Ángel González und Juan Pablo Jiménez
- 39** Territorialer Widerstand in Lateinamerika
Astrid Ulloa
- 44** Die Wertschätzung des Lebens
Feministische Alternativen zum gegenwärtigen Gesellschaftsmodell
Nalu Faria

Vorwort

In den vergangenen fünfzehn Jahren sind in vielen Ländern Lateinamerikas linke bzw. progressive Regierungen an die Macht gekommen. Sie haben versprochen, die neoliberale Politik ihrer Vorgänger zu beenden, Armut zu verringern und für mehr soziale Gerechtigkeit zu sorgen. Um die dafür notwendigen staatlichen Einnahmen zu generieren, führen sie den bislang schon extensiven Rohstoffabbau fort – allerdings unter stärkerer Kontrolle des Staates. Diese Regierungen haben weltweit eine starke Vorbildfunktion für soziale Bewegungen. In Lateinamerika beginnt die anfängliche Euphorie allerdings zu bröckeln. Dort, wo sich die Schwächen dieses Entwicklungsmodells zeigen, wächst Widerstand. Dies gilt insbesondere für Regionen weitab der Hauptstädte, wo der extensive Rohstoffabbau oft zu katastrophalen Umweltschäden führt. Es mehren sich die kritischen Stimmen, die diesen «Extraktivismus» prinzipiell hinterfragen und nach Alternativen suchen. Dabei geht es nicht nur um ein neues Entwicklungsparadigma, sondern auch darum, wie der Weg dorthin gestaltet werden kann. Damit stehen die lateinamerikanischen Kritiker/innen nicht alleine: Ausgehend von einer radikalen Kritik am globalen Wirtschaftsmodell werden überall auf der Welt Alternativen diskutiert. Dazu gehören Solidarische Ökonomie, Degrowth, Commons, um nur einige zu nennen. Die globale Perspektive kommt jedoch häufig zu kurz.

In diesem Heft stellen wir einige der Ansätze und Überlegungen aus Lateinamerika vor, um damit auch in Deutschland die Diskussion zu bereichern und eine globale Sicht der Dinge zu befördern. Edgardo Landero führt in die Debatte um den «Neo-Extraktivismus» in Lateinamerika ein. Während

inzwischen alle Regierungen Südamerikas ungeachtet ihrer politischen Ausrichtung einen neuen kontinentalen «Rohstoff-Konsens» mittragen und ihre Volkswirtschaften danach ausrichten, haben sich die Linken sowie Basisorganisationen und Volksbewegungen über diese Frage gespalten. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die die Politik der progressiven Regierungen verteidigen, welche – zumindest für die erste Phase der Transformation zu einem Sozialstaat – der kurzfristigen Lösung der sozialen Frage durch Wirtschaftswachstum Priorität einräumen. Die sozialen, ökologischen und strukturellen Folgen des Extraktivismus werden dabei kaum problematisiert. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die die Ziele der gesellschaftlichen Neuorientierung durchaus teilen, sich aber die Suche nach Alternativen zum grenzenlosen Wachstum als vorrangiges strategisches Ziel gesetzt haben.

Auch Alberto Acosta beschreibt die Widersprüche, die das extraktivistische Akkumulationsmodell hervorbringt. Er kritisiert das Fehlen einer radikalen Vermögensumverteilung, die komplexe soziale und politische Prozesse voraussetzen würde. Er fordert kein abruptes Ende aller extraktivistischen Tätigkeiten, sondern den Übergang hin zum «Post-Extraktivismus». Dafür braucht es eine sinnvolle Strategie, die mit breiter, echter Bürger/innenbeteiligung erarbeitet werden muss. Als erste Schritte für sein Heimatland Ecuador schlägt er die Vergrößerung der Einkommensbasis des Staates vor, z. B. über eine höhere Besteuerung der reichsten 10 Prozent der Bevölkerung, den Abbau von Kraftstoffsubventionen und eine Neuverhandlung der Verträge mit den Telekommunikationsge-

sellschaften, statt auf die Erschließung weiterer Erdölvorkommen zu setzen.

Camila Moreno erweitert die Perspektive auf den Extraktivismus, sieht ihn als Säule des globalen Kapitalismus. Sie beschreibt seinen Stellenwert in den Wertschöpfungs- und Versorgungsketten und seine Funktion im Metabolismus der Weltwirtschaft, gekennzeichnet durch wechselseitige Abhängigkeiten. Ihrer Ansicht nach kann der Extraktivismus nur durch eine grundlegende Veränderung des globalen Entwicklungsmodells überwunden werden. Dazu gehören zum Beispiel die Verkürzung der Wirtschaftskreisläufe und die Relokalisierung der Volkswirtschaften.

Mit Fragen der Landwirtschaft beschäftigt sich Maristella Svampa. Am Beispiel Argentiniens, einem Land, dessen Wohlstand traditionell auf Agrarexport beruht, zeigt sie die Schwierigkeiten auf, dem expansiven Agrobusiness-Modell alternative Ansätze entgegenzusetzen. Dabei konzentriert sie sich vor allem auf diejenigen, die einen solchen Wandel tragen könnten: Kleinbauern- und Indigenenbewegungen, kritische Nichtregierungsorganisationen und Forscher/innen. Die Politik der argentinischen Regierung nach 2008, auch kleinbäuerliche Landwirtschaft in begrenztem Rahmen zu fördern, führte zur Spaltung und damit letztlich zur Schwächung dieser Organisationen und Akteure. Deshalb empfinden viele diese Politik weniger als Stärkung, sondern vielmehr als Autonomieverlust, der sie in die Abhängigkeit von sozialen Transferleistungen bringt.

Carlos Monge zeigt am Beispiel des Energiesektors in Peru die Bedeutung von Governance-Fragen für alternative Entwicklungswege. Solange die Entscheidungsfindung über Energiefragen und Naturressourcen auf wenige Sektoren der Zentralregierung konzentriert ist, bleiben die Auswirkungen auf die unmittelbar betroffene Bevölkerung weitgehend unberücksichtigt, nachhaltigere Nutzungsmöglichkeiten werden kaum in Betracht gezogen. Damit solche Entscheidungen dem allgemeinen Interesse dienen, muss der Aufbau von demokratischen Governance-Strukturen vorangetrieben werden.

Miguel González und Juan Pablo Jiménez beschäftigen sich mit der Finanz- und Steuerpolitik in Lateinamerika. Die hohe Abhängigkeit vom Export von Rohstoffen machen die Staaten sehr anfällig bei massivem Preisverfall. Die beiden Autoren erläutern die Steuerungswirkung und damit das

Umverteilungspotential von direkten und indirekten Steuern und zeigen, welche Herausforderungen eine nachhaltige, auf Gerechtigkeit ausgelegte Finanz- und Steuerpolitik meistern muss.

Fragt man nach den Akteur/innen des gesellschaftlichen Wandels und nach alternativen Gesellschaftsmodellen, so stößt man immer wieder auf die Bedeutung der »Territorien« und ihrer Bewohner/innen: Dort erfolgt die unmittelbare Ausbeutung der Naturressourcen, sie sind diejenigen, die am meisten unter den negativen Folgen des extraktivistischen Wirtschaftsmodells zu leiden haben und am wenigsten von ihm profitieren. Astrid Ulloa erläutert das in Europa noch weitgehend unbekannte indigene Konzept des Territoriums, in dem die Naturverhältnisse weit über die stoffliche Materialität von Land und Boden hinausweisen und verschiedene – räumliche, physische, symbolische und auf Alltagserlebnisse gestützte – Dimensionen beinhalten. Aus dem lokalen Widerstand und den lokalen Strategien zur Verteidigung der Territorien erwachsen nicht nur Alternativen zum Extraktivismus, sondern auch zum westlichen Entwicklungsgedanken.

Im letzten Beitrag skizziert Nalu Faria Bausteine eines alternativen Gesellschaftsmodells aus feministischer Perspektive. Die Neubewertung von Sorgearbeit und Natur ist dabei zentral. Feministinnen kritisieren, dass Haus- und Sorgearbeit genau wie die Natur als Externalitäten des Wirtschaftsmodells und als unerschöpfliche Ressourcen für die kapitalistische Produktion betrachtet werden. Anhand von Beispielen aus verschiedenen Regionen zeigt Nalu Faria, wie Frauen auf der lokalen Ebene damit begonnen haben, Alternativen zu entwickeln.

Mit dieser Ausgabe möchten wir Ihnen *Perspectivas* vorstellen, die neue Publikation der Heinrich-Böll-Stiftung, die vom Lateinamerika-Referat verantwortet wird. Etwa zweimal im Jahr werden wir mit den *Perspectivas* wichtige Debatten und Themen aus Lateinamerika nach Deutschland holen. Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Berlin, im September 2015

Ingrid Spiller

Leiterin Regionalreferat Lateinamerika
der Heinrich-Böll-Stiftung

Wichtige Begriffe kurz erklärt:

Extraktivismus

Die massive Ausbeutung von Naturressourcen für den Export. Er ist in geopolitischer Hinsicht Ausdruck einer globalen Arbeitsteilung zwischen den Ländern des Zentrums und denen der Peripherie. Der Bergbau mit seinen verheerenden Folgen für die Umwelt und die Anrainerbevölkerung steht exemplarisch für den Raubbau durch Extraktivismus. Dabei beschränkt sich Extraktivismus nicht nur auf Bodenschätze oder Erdöl; er umfasst auch den Agrar- und Forstbereich und sogar die Fischerei.

Neo-Extraktivismus

Das extraktive Wirtschaftsmodell einiger progressiver lateinamerikanischer Staaten (Bolivien, Ecuador, Venezuela), das den Extraktivismus an sich nicht in Frage stellt, durch eine stärkere staatliche Kontrolle über den Sektor aber einen Teil der zusätzlichen Einnahmen in soziale Programme investiert.

Post-Extraktivismus

Wird von seinen Theoretiker/innen (u. a. Alberto Acosta, Eduardo Gudynas) als einzig möglicher Ausweg aus der Fixierung auf rohstofforientierte Wirtschaftsmodelle mit ihren enormen ökologischen, sozialen und humanen Schäden gesehen. Im Zentrum der Überlegungen stehen eine beträchtliche Einschränkung der Rohstoffförderung und die Ausarbeitung von Alternativen zu den vorherrschenden Wirtschaftskonzepten.

Reprimarisierung

Der Export von Primärgütern gewinnt innerhalb einer Gesamtwirtschaft wieder zunehmend an Bedeutung, während die verarbeitende Industrie zumindest relativ abnimmt. Die meisten lateinamerikanischen Länder setzen seit Mitte der 1990er Jahre wieder verstärkt auf ein Entwicklungsmodell, das auf Rohstoffexporten beruht.

Territorium

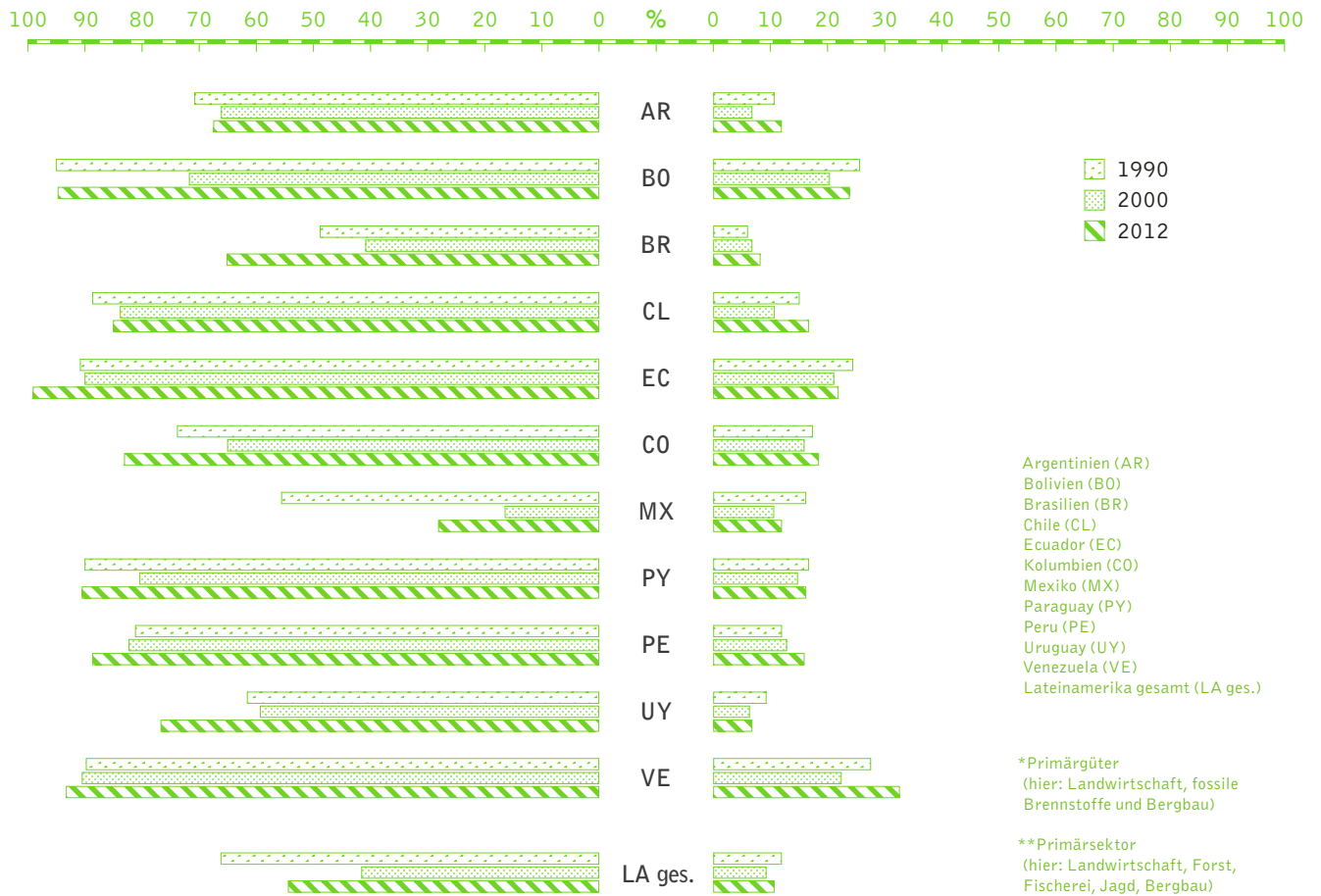
Mehrdimensionales bzw. ganzheitliches Konzept, das über das physische Land und den Rechtsanspruch darauf hinausgeht. Das Territorium indigener bzw. traditioneller Gemeinschaften ist eine materielle, kulturelle und politische Ressource. Die historischen, soziokulturellen und spirituellen Verbindungen einer Gemeinschaft mit ihrem Territorium als wichtiger Bestandteil der kollektiven Identität sind Teil des Konzeptes.

Quellen: Vgl. Acosta, Alberto (2012): Extraktivismus: Die offenen Adern der Natur, Südwind-Magazin, Wien www.suedwind-magazin.at/die-offenen-adern-der-natur, 28.5.2015; Heinrich-Böll-Stiftung

Siehe auch: Erklärfilm der Heinrich-Böll-Stiftung «Was ist eigentlich Neo-Extraktivismus?» <http://goo.gl/KLua1e>

Wertanteile der Primärgüter* am Export

Anteile des Primärsektors** am BIP



Staatliche Sozialausgaben

Ausgaben für Bildung, Gesundheit, soziale Sicherung, Wohnen u. a.

in Prozent des Bruttoinlandproduktes

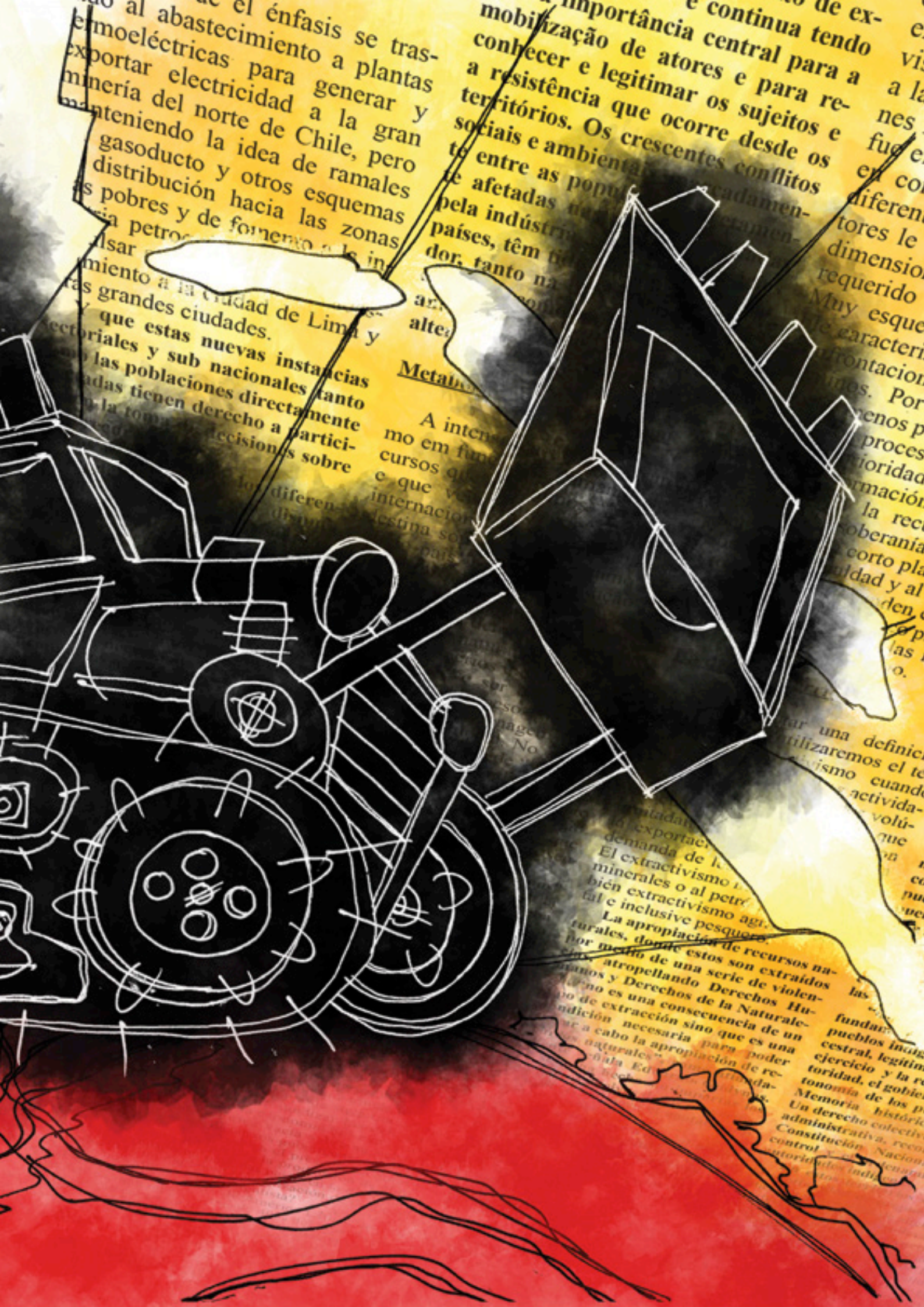
pro Kopf in US-Dollar



Quelle: CEPALSTAT



nte...
olítica de...
ectoral de...
quierda o progres...
gracias a los pro...
ción de fuerza transfor...
estas luchas hicieron posi...
debil imposición...
Latina ha significa...
mente, los sistemas...
ayan jugado un papel...
mo modesto o incluso...
regresivos...
tributari...



...al abastecimiento a plantas
eléctricas para generar y
exportar electricidad a la gran
minería del norte de Chile, pero
manteniendo la idea de ramales
gasoducto y otros esquemas
distribución hacia las zonas
pobres y de fomentar la in-
fraestructura petrolera.

...e continua tendo
importância central para a
mobilização de atores e para re-
conhecer e legitimar os sujeitos e
a resistência que ocorre desde os
territórios. Os crescentes conflitos
sociais e ambientais
entre as populações
afetadas pela indústria
países, têm sido
dor, tanto na

Metabolismo

A intensi-
mo em fun-
cursos que
e que ve-
internaciona-
destina so-
país

...estas nuevas instancias
sectoriales y sub nacionales tanto
las poblaciones directamente
tienes derecho a partici-
decisiones sobre

...una definici-
utilizaremos el te-
ismo cuando
activida-
volú-
que
na
co
pu-
ve-
las
fundam-
pueblos indí-
central, legítim-
ejercicio y la re-
tonomía de los p-
Memoria históric-
Un derecho colecti-
administrativa, reco-
Constitución Nacion-
control y
autoridades indí-

Neo-Extraktivismus

Ein umstrittenes Entwicklungsmodell und seine Alternativen

Edgardo Lander

Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts ist es zu weitreichenden Verschiebungen und Umbrüchen in der internationalen Arbeitsteilung gekommen. Das fulminante Wachstumstempo in Süd- und Südostasien, insbesondere aber der (Wieder-) Aufstieg Chinas zur Wirtschaftsgroßmacht und zum weltweit wichtigsten Industrieproduzenten, haben sowohl die Nachfrage nach Primärgütern aus den Ländern Südamerikas als auch deren Preise rasant in die Höhe getrieben. Gleichzeitig sind auf dem lateinamerikanischen Kontinent sogenannte fortschrittliche Regierungen auf den Plan getreten. Einige von ihnen haben sich mit neuen Verfassungen einen tiefgreifenden Umbau ihrer Gesellschaften zum Ziel gesetzt (Venezuela, Bolivien und Ecuador), während andere, gemäßigte Regierungen eher der Sozialdemokratie nahestehen (Brasilien, Argentinien, Uruguay).

Das Thema «Extraktivismus» hat in den letzten zehn Jahren die Linke sowie Basisorganisationen und Volksbewegungen tief gespalten. Sehr grob lassen sich die beiden Lager wie folgt charakterisieren: Auf der einen Seite stehen diejenigen, die – zumindest für die erste Phase der Transformation – dem Antiimperialismus, der Wiederaneignung des Staates, der nationalen Souveränität, der kurzfristigen Überwindung von Armut bzw. Ungleichheit und dem Wirtschaftswachstum Priorität einräumen. Sie problematisieren kaum die Folgen des Extraktivismus bzw. sehen sie weniger kritisch. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die zwar die vorgenannten Punkte nicht rundweg ablehnen, aber vorrangig nach Alternativen zum gegenwärtigen Modell des grenzenlosen Wachstums suchen. Sie legen dabei den Schwerpunkt

auf Interkulturalität, neue Entwicklungswege und die Bewahrung des Lebens, das durch die Raubtierlogik des vorherrschenden Gesellschaftsmodells bedroht ist. Die Folgen des Extraktivismus sind dabei Gegenstand radikaler Kritik. Die hier aufgezeigte Kluft zieht sich auch durch die lateinamerikanische Wissenschaftsdebatte.

Die fortschrittlichen Regierungen und ihre Verfechter/innen führen meist ins Feld, dass die erhöhte Nachfrage und der Preisanstieg für Rohstoffe genutzt werden müssen, um die erforderlichen Ressourcen für soziale, produktive und Infrastrukturinvestitionen zu erwirtschaften und damit den Extraktivismus in einer späteren Phase zu überwinden.

Die Politik der Ausweitung extraktiver Industrien und einer stärkeren Teilhabe des Staates an den daraus erzielten Einkommen konnte denn auch beachtliche Erfolge vorweisen: Über mehrere Jahre hinweg wuchs die Wirtschaft. Nach einer langen defizitären Phase hatte Lateinamerika von 2002 bis 2007 positive Zahlungsbilanzsalden. Durch eine verstärkte geographische Diversifizierung des Außenhandels und die Erschließung neuer Kreditquellen verringerte sich die bis dahin ausgeprägte Abhängigkeit von den USA und der Europäischen Union. Mit den positiven Zahlungsbilanzen konnten Auslandsschulden bezahlt werden, die Regierungen konnten sich der Bevormundung durch die Bretton-Woods-Institutionen entziehen und Währungsreserven aufbauen. Nach dem Scheitern der Panamerikanischen Freihandelszone ALCA/FTAA gab es erste Schritte auf dem Weg zu mehr regionaler Integration wie ALBA, UNASUR und CELAC¹. Der Kontinent war von nun an nicht mehr der Hinterhof der USA.

Edgardo Lander, emeritierter Professor für Soziologie und einer der bedeutendsten linken Intellektuellen Venezuelas. Er war Professor an der Universidad Andina Simón Bolívar in Quito, Professor an der Universidad Indígena de Venezuela und Fellow des Transnational Institute in Amsterdam. Er ist außerdem Mitglied der permanenten Arbeitsgruppe «Alternativen zur Entwicklung» sowie Mitglied im Kollektiv des thematischen Sozialforums Venezuela.

Die kontinuierlich steigenden Steuereinnahmen ermöglichten umfangreiche Investitionen in Sozialprogramme wie die «Misiones» in Venezuela und «Bolsa Familia» in Brasilien. Hierdurch konnten 40 Millionen Menschen einen Ausweg aus der Armut finden. In all diesen Ländern wurde der Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und Sozialversicherungsleistungen verbessert, und bis zu einem gewissen Grad konnte sogar die Ungleichheit abgebaut werden. Die Regierungen konnten sich dementsprechend nach Jahren politischer Turbulenz auf ein hohes Maß an Legitimität und politischer Stabilität stützen.

Der Extraktivismus und die Reprimarisierung der Volkswirtschaften könnten also durchaus als außerordentlich erfolgreicher Entwicklungsweg gesehen werden. Allerdings gibt es auch etliche andere Vorstellungen von gesellschaftlicher Entwicklung. Beziehen wir diese anderen Blickwinkel mit ein, so fällt die Bilanz wesentlich differenzierter aus.

Zivilisatorischer Umbruch oder kapitalistisches Wirtschaftswachstum?

Es gibt vielerlei Gründe anzunehmen, dass es gerade in Südamerika gelingen könnte, den Kampf gegen den Neoliberalismus und die Überwindung des Kapitalismus mit zivilisatorischen Alternativen zu grenzenlosem Wachstum zu verknüpfen. Eine herausragende Rolle bei dem in ganz Lateinamerika verbreiteten Widerstand gegen den Neoliberalismus und die Amerikanische Freihandelszone (FTAA) kommt den indigenen Völkern zu. Und auch der bäuerlichen und afrikanisch-stämmigen Bevölkerung. Die Vorstellungen der indigenen Völker der Anden- und Amazonasregion vom «Guten Leben» fanden weitgehend Eingang in die politische Grammatik dieser Auseinandersetzungen. Erst die Bündelung dieser Kräfte des Wandels ermöglichte den Wahlsieg verschiedener linker bzw. fortschrittlicher Kandidatinnen und Kandidaten. Mit diesen neuen Regierungen verstärkte sich jedoch auch der Extraktivismus; der exportorientierte Primärsektor gewann an Bedeutung und tat so sein Übriges, um die globale Raubtierlogik weiter zu nähren. Dies trug zur Festigung des kapitalistischen Systems bei, gegen den sich der Kampf ja eigentlich richtete. Ungeachtet ihrer politi-

schen Couleur tragen mittlerweile alle südamerikanischen Regierungen einen neuen kontinentalen Konsens mit, den «Rohstoff-Konsens»².

Hierin liegt das Paradox bzw. der größte Widerspruch der fortschrittlichen Regierungen Lateinamerikas. Gerade zu einem Zeitpunkt, als die Rechte der indigenen Völker zum ersten Mal in der Geschichte des Kontinents in den Verfassungen verankert und die Rechte der Natur juristisch anerkannt wurden, findet die räuberisch-extraktivistische Logik der Enteignung eine rasante Verbreitung, und sie erfasst und verwüstet sogar solche Territorien, die in den vergangenen fünf Jahrhunderten von derartigen Expansionsprozessen des Kapitals noch einigermaßen verschont geblieben waren. In diesen Gebieten, an diesen neuen Grenzen des weltweiten Kapitals, werden nun die Gewässer und Böden verseucht und die Wälder zerstört; die biologische Vielfalt schwindet, die Bevölkerung wird vertrieben. Trotz der Verfassungsinhalte können die Regierungen keine Rücksicht auf die Rechte der indigenen und afrikanisch-stämmigen Völker und ihre angestammten Territorien nehmen, denn gerade diese Gebiete müssen der Logik der Rohstoffausbeutung unterworfen werden, selbst wenn dies eine Kriminalisierung des Widerstandes erfordert.

Eine herausragende Rolle bei dem in ganz Lateinamerika verbreiteten Widerstand gegen den Neoliberalismus kommt den indigenen Völkern zu.

Entgegen der Argumentation des bolivianischen Vizepräsidenten Álvaro García Linera ist Extraktivismus keine «technische Form» der Produktion, die mit jedem beliebigen Gesellschaftsmodell vereinbar wäre.³ Im Gegenteil: In seinem gegenwärtigen Mega-Ausmaß ist er Ausdruck eines anthropozentrischen, patriarchalen Zivilisationsmodells der Zerstörung des Lebens. Das extraktivistische Produktionssystem bringt nicht nur Waren hervor, sondern es trägt zur Herausbildung der an diesem Prozess beteiligten gesellschaftlichen Akteure bei.⁴ Es erzeugt Subjektivitäten und lässt tendenziell politische Regime entstehen, die sich durch Klientelismus und Rentismus⁵ auszeichnen. Es macht die ärmeren Bevölkerungsschichten zunehmend abhängig von staatlichen Transferleistungen, und es schwächt ihre Fähigkeiten zur Selbstständigkeit und damit

die Demokratie. Mit den Einkünften aus extraktiven Industrien können die Staatsausgaben erhöht werden, ohne dass die regressiv gestalteten Besteuerungssysteme reformiert werden müssen. Die Umverteilung über staatliche Zuschüsse und direkte Geldzuwendungen entspricht den unmittelbaren Forderungen der Bevölkerung; sie trägt jedoch kaum dazu bei, die Produktionsstrukturen der Gesellschaft und deren tiefgreifende Ungleichheiten aufzubrechen.

Die Umverteilung über staatliche Zuschüsse und direkte Geldzuwendungen entspricht den unmittelbaren Forderungen der Bevölkerung; sie trägt jedoch kaum dazu bei, die Produktionsstrukturen der Gesellschaft und deren tiefgreifende Ungleichheiten aufzubrechen.

Ist der Extraktivismus einmal als gesellschaftliches Organisationsmodell etabliert, so ist er nur noch schwer umkehrbar. Die Spezialisierung auf die Rohstoffproduktion ermöglicht keineswegs eine Akkumulation, mit der Alternativinvestitionen zum Extraktivismus gesichert werden könnten, sondern sie versperrt tendenziell die Möglichkeit zu anderen Aktivitäten und führt so zur Deindustrialisierung des Kontinents.⁶ Dieses auf den Primärgüterexport gestützte Modell ist die Fortsetzung der historisch-kolonialen Formen der Einbindung in den Weltmarkt, die sich auf den Export von Natur und den *ökologisch ungleichen Handel*⁷ stützen. Damit wird nicht die Suche nach Alternativen zum Kapitalismus gefördert, sondern nur dessen unersättliche Raubmaschinerie genährt.

Die Theorie der komparativen Kostenvorteile und die Rohstoffpreise

Unter Rückgriff auf die klassische Theorie der komparativen Kostenvorteile im Weltmarkt stützten sich Regierungen und auch zahlreiche Wissenschaftler/innen auf die Annahme, der kontinuierliche Anstieg der Nachfrage nach Rohstoffen und ihrer Preise deute darauf hin, dass die Verschlechterung der Terms of Trade zwischen Rohstoffen und Industriegütern der Vergangenheit angehöre. Unter den neuen Bedingungen sei es möglich, die hohen Rohstoffpreise

zur Finanzierung der angestrebten Reformen zu nutzen. Im zweiten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts begannen die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt erneut zu schwanken und entwickelten sich rückläufig. Dies galt für alle wichtigen Exportgüter des Kontinents.

Im zweiten Halbjahr 2014 brach der Ölpreis um mehr als 50% ein. Von Mitte 2011 bis Ende 2014 ging der Preis für Kupfer um 35% zurück. Der Preis für Eisenerz betrug im November 2014 weniger als die Hälfte des Preises vom Februar 2011. Zwischen Juni und Oktober 2014 verringerte sich der Sojapreis um 27%.⁸ Die Kontinuität der Sozialpolitik der letzten Jahre kann damit bei weitem nicht mehr sichergestellt werden.

Die Einbindung in den Weltmarkt und die Beziehungen zu China

Die Beziehungen zu China haben die Abhängigkeit Lateinamerikas vom kapitalistischen Weltmarkt und seinen kulturellen Normen keineswegs verringert, sondern vertieft. Der enorme Rohstoffbedarf Chinas hat sowohl die Nachfrage als auch die Preise für die wichtigsten Rohstoffe, die Lateinamerika produziert, in die Höhe schnellen lassen⁹ und den Kontinent zur Reprimarisierung seiner Volkswirtschaften getrieben. Während der Rohstoffanteil an den lateinamerikanischen Gesamtexporten bei etwas über 40% liegt, beträgt er bei den Exporten nach China annähernd 70%. In seinen Handelsbeziehungen zu China tauscht Lateinamerika im Wesentlichen Rohstoffe gegen Industriegüter¹⁰: insbesondere Erdöl, Eisenerz, Kupfer und Soja.¹¹

Diese Spezialisierung auf den Primärgüterexport stützt sich sowohl auf Kredite aus China als auch auf chinesische Investitionen: Seit 2005 hat China dem lateinamerikanischen Kontinent Darlehen in Höhe von über 100 Milliarden USD gewährt.¹² Ein Großteil der Mittel wird direkt in der Rohstoffproduktion oder für die dafür erforderliche Infrastruktur eingesetzt. In einigen Fällen, wie in Venezuela und Ecuador, muss ein Teil der Kredite unmittelbar mit Öl bezahlt werden.¹³ Auch die chinesischen Investitionen konzentrieren sich auf die Rohstoffindustrien.¹⁴ All dies zwingt langfristig dazu, den Weg des Extraktivismus weiterzugehen.

Nach dem Extraktivismus

Angesichts der ungebremsen Fortsetzung dieser Logik hat sich in den letzten Jahren der Kampf gegen den Extraktivismus und seine Infrastruktur verschärft und auf den gesamten Kontinent ausgeweitet. Kontinentale Netzwerke gegen Megabergbau, Wassergroßkraftwerke, Monokulturen und genveränderte Organismen sind entstanden. Die indigenen und afrikanisch-stämmigen Völker sowie die Bewohner kleiner, von den Metropolen weit entfernter Städte sind heute die zentralen Protagonisten dieser Kämpfe. Auf der lokalen Ebene sind wichtige Siege errungen worden, und in vielen Fällen mussten die Unternehmen aufgrund des Widerstandes der betroffenen Bevölkerung den Rückzug antreten. Die Forderungen dieser Bewegungen werden indes nur schwerlich von der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere den Ärmern in den Städten, aufgegriffen, solange das Vertrauen in die Entwicklung vorhält, solange die Regierungen die gegenwärtige Sozialpolitik mit Geldern aus den extraktiven Industrien finanzieren können und solange die Rohstoffausbeutung ihre zerstörerische Wirkung weitab von den großen Städten entfaltet.

In Lateinamerika schlägt heute niemand vor, von einem Tag auf den anderen das Ende des Extraktivismus auszurufen. Dennoch ist es dringend erforderlich, die Debatten über den notwendigen Übergang zu einer nicht-extraktivistischen, nicht-rentistischen Ökonomie auszuweiten und zu vertiefen, und zwar jenseits der in den Regierungsdiskursen vorherrschenden inhaltsleeren Rhetorik von deren Notwendigkeit. Welche Maßnahmen müssten jetzt in so zentralen Bereichen wie dem Energiesektor, der Nahrungsmittelerzeugung oder dem Transportwesen ergriffen werden, um ein Produktionssystem und ein gesellschaftliches Organisationsmodell auf den Weg zu bringen, das sich nicht auf Desarmismus¹⁵, Extraktivismus und Rentismus stützt?¹⁶ Wenn dieser Übergang nicht bald in Angriff genommen wird, so werden die fortschrittlichen Regierungen als diejenigen in die Geschichte eingehen, die die Verantwortung tragen für die beschleunigte Zerstörung unseres Planeten und für die enttäuschten Hoffnungen, dass eine andere Welt möglich ist! ■■■

- ¹ ALBA: *Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América*/Bolivarianische Allianz für die Völker unseres Amerika – Politisches und wirtschaftliches Bündnis zwischen (vornehmlich linksregierten) Ländern Lateinamerikas. Es wurde 2004 von Hugo Chavez als Alternative zu ALCA/FTAA ins Leben gerufen. UNASUR: *Unión de Naciones Suramericanas*/Union Südamerikanischer Nationen – Internationale Organisation der südamerikanischen Staaten. CELAC: *Comunidad de Estados Latinoamericanos y Caribeños*/Gemeinschaft der Lateinamerikanischen und Karibischen Staaten – regionaler Verband aller souveränen Staaten Amerikas außer Kanada und den USA.
- ² Svampa, Maristella (2013): 'Consenso de los commodities' y lenguajes de valoración en América Latina, in: *Nueva Sociedad*, Nr. 244, März/April, Buenos Aires.
- ³ García Linera, Álvaro (2012): *Geopolítica de la Amazonia. Poder hacendal-patrimonial y acumulación capitalista*, La Paz, <http://bit.ly/1Q5Yzc6> (18.8.2015)
- ⁴ Coronil Ímber, Fernando (2013): *El Estado Mágico. Naturaleza, Dinero y Modernidad en Venezuela*, Editorial Alfa, Caracas, S. 82.
- ⁵ Rentismus wird von Raul Zelik definiert als «unproduktive, konsumorientierte Rohstoffökonomie». www.raulzelik.net/venezuela-texte/447-der-fluch-des-rentismus-woz-und-nd-28-1-2015 (19.02.2015)
- ⁶ Salama, Pierre (2012): *China-Brasil: industrialización y 'Desindustrialización temprana'*, in: Cuadernos de Economía, 31(56), Bogotá.
- ⁷ Samaniego, Pablo/Vallejo, María Cristina/Martínez-Alier, Joan (2014): *Déficit comercial y déficit físico en Sudamérica*, <http://bit.ly/1NKpfRk>, 18.8.2015.
- ⁸ Nasdaq: www.nasdaq.com/markets/ (18.8.2015)
- ⁹ Jenkins, Rhys (2011): *El 'efecto China' en los precios de los productos básicos y en el valor de las exportaciones de América Latina*, in: Revista CEPAL, Nr. 103, April, Santiago de Chile.
- ¹⁰ CEPAL (2013): *Promoción del comercio y la inversión con China. Desafíos y oportunidades en la experiencia de las cámaras empresariales latinoamericanas*, Santiago de Chile.
- ¹¹ Bruckmann, Mónica (2012): *Recursos naturales y la geopolítica de la integración sudamericana*, Lima. <http://alainet.org/active/45772> (18.8.2015)
- ¹² Interamerican Dialogue/China-Latin America Finance Database: http://www.thedialogue.org/map_list (18.8.2015)
- ¹³ Gallagher, Kevin P. / Irwin, Amos / Koleski, Katherine (2013): *¿Un mejor trato? Análisis comparativo de los préstamos chinos en América Latina*, Universidad Nacional Autónoma de México, Facultad de Economía, Centro de Estudios China-México. Nr. 1, Mexiko-Stadt.
- ¹⁴ Dussel Peters, Enrique (2012): *Chinese FDI in Latin America: Does Ownership Matter?*, Working Group on Development and Environment in the Americas, <http://ase.tufts.edu/gdae/Pubs/rp/DP33DusselNov12.pdf>, 18.8.2015.
- ¹⁵ Von der CEPAL in den 1960er Jahren formuliertes Entwicklungskonzept (von span. desarrollo = Entwicklung), das den Schlüssel zu allgemeinem Wohlstand in der exportorientierten Industrialisierung sah. Im Kern des Entwicklungsbegriffs liegen der Glaube an den technologischen Fortschritt und ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum sowie ein Verständnis von Natur als auszubeutender Ressource.
- ¹⁶ Vgl. z. B.: Acosta, Alberto/ Martínez, Esperanza/ Sacher, William (2013): *Salir del extractivismo: una condición para el Sumak Kawsay. Propuestas sobre petróleo, minería y energía en el Ecuador*, in: Lang, Miriam et al. (Hrsg.): *Alternativas al capitalismo/ colonialismo del siglo XXI*, Quito; Gudynas, Eduardo (2011): *Debates sobre el desarrollo y sus alternativas en América Latina: Una breve guía heterodoxa*, in: Lang, Miriam/Mokrani, Dunia (Hrsg.): *Más allá del desarrollo*, Quito.

Nach den Plünderungen: Wege in den Post-Extraktivismus

Alberto Acosta

«Die Definition von Wahnsinn ist,
immer wieder das Gleiche zu tun und
andere Ergebnisse zu erwarten.»
Albert Einstein

Extraktivismus als Kategorie von Plünderung und Verwüstung

Extraktivismus ist eine Form von Kapitalvermehrung, die in großem Umfang vor fünfhundert Jahren begann. Mit diesem Begriff können wir Ausplünderung, Akkumulation, Konzentration, Zerstörung, koloniale und neokoloniale Verwüstung und die Entwicklung des Kapitalismus bis heute erklären. Entwicklung und Unterentwicklung sind dabei zwei Folgen ein und desselben Prozesses.

Mit Extraktivismus bezeichnen wir Aktivitäten, bei denen Naturressourcen in großem Maßstab ausgebeutet, aber nicht (oder nur in beschränktem Maße) verarbeitet werden, und dies vor allem, um sie in Industrie- und Schwellenländer zu exportieren. Extraktivismus beschränkt sich nicht nur auf Bodenschätze oder Erdöl; er umfasst auch den Agrar- und Forstbereich und sogar die Fischerei.

Wie Eduardo Gudynas zutreffend aufzeigt, ist die Ausbeutung natürlicher Ressourcen unter Einsatz von Gewalt und mit Verstößen gegen die Menschenrechte sowie die Rechte der Natur «keine Folge einer Form von Extraktion, sondern notwendige Bedingung, um die Aneignung von Naturressourcen überhaupt möglich zu machen»¹. Und dies geschieht ohne Rücksicht auf die schädlichen Folgen der Projekte und die Erschöpfung der Ressourcen. Deshalb ist die extraktivistische Akkumulation, abgesehen von einigen mehr oder

weniger bedeutsamen Unterschieden, das Herzstück des sowohl von den neoliberalen als auch von den «fortschrittlichen» Regierungen vertretenen Produktionsmodells. Nach Ansicht des uruguayischen Schriftstellers, Wissenschaftlers und politischen Aktivisten Raúl Zibechi erleben diese Regierungen gegenwärtig eine zweite Phase des Neoliberalismus.

Neo-Extraktivismus – eine zeitgenössische Form des Extraktivismus alter Prägung

Im Bewusstsein der negativen Auswirkungen des Extraktivismus haben mehrere Länder mit fortschrittlichen Regierungen in den letzten Jahren damit begonnen, einige folgenschwere Formen des Extraktivismus zu reformieren. Jenseits der Diskurse und einiger offizieller Pläne gibt es jedoch keine deutlichen Anzeichen dafür, dass sie tatsächlich gewillt sind, dieses Akkumulationsmodell zu überwinden.

In erster Linie werden – aus nationalem Interesse – bessere Zugriffs- und Kontrollmöglichkeiten seitens des Staates auf die natürlichen Ressourcen und auch auf die daraus erwirtschafteten Gewinne angestrebt. Dies ist sicherlich nicht schlecht. Der Nachteil ist, dass zwar die Kontrolle der natürlichen Ressourcen durch die transnationalen Konzerne kritisiert wird, nicht aber deren Ausbeutung an sich.

In den Ländern mit einer fortschrittlichen Regierung, in denen neo-extraktivistische Systeme umgesetzt wurden, haben die traditionell marginalisierten Bevölkerungs-

Alberto Acosta, Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliger Politiker. Er ist Dozent an der Lateinamerikanischen Sozialwissenschaftlichen Fakultät (FLACSO) in Quito. 2007 war er Minister für Energie und Bergbau, 2007–2008 Vorsitzender der verfassunggebenden Versammlung und 2013 Präsidentschaftskandidat. Er ist einer der geistigen Väter der Yasuní-ITT-Initiative.

gruppen zumindest bis jetzt dank der besseren Verteilung der wachsenden Einnahmen aus der Erdölförderung und dem Bergbau eine relative Verbesserung ihrer Lebensumstände erfahren. Eine radikale Vermögensumverteilung ist allerdings nicht auf den Weg gebracht worden, und erst recht keine Veränderung des Akkumulationsmodells. Das erklärt sich dadurch, dass es keine wirklich revolutionären Regierungen gibt, und es ist vergleichsweise einfach, Vorteile aus der großzügigen Natur zu ziehen, ohne sich auf komplexe soziale und politische Umverteilungsprozesse einzulassen. Unter solchen Bedingungen können die vermögendsten Gruppen der alten und neuen Oligarchien, von denen viele mit dem transnationalen Kapital verwoben sind, nach wie vor satte Gewinne einstreichen.

Auf dem Weg zu einem ungezügelten Extraktivismus?

In dem Maße, in dem sich der Extraktivismus ausbreitet, verschärft sich die Zerstörung der Gesellschaft und der Umwelt. Die kollektiven Rechte vieler indigener und bäuerlicher Gemeinschaften werden mit Füßen getreten, um die Erdölfördergebiete noch weiter auszudehnen, den Mega-Bergbau zu ermöglichen oder auch Monokulturen aller Art zu unterstützen. Die Kriminalisierung der sozialen Proteste ist an der Tagesordnung. Führende Aktivisten und Aktivistinnen werden zu Dutzenden strafrechtlich verfolgt, weil sie ihre Rechte, das Wasser und ihr Leben selbst verteidigen. Dabei spielt es kaum eine Rolle, dass beispielsweise in Ecuador die Natur als Rechtssubjekt in der Verfassung verankert ist.

Es liegt auf der Hand, dass bei einer Berücksichtigung der ökonomischen Kosten, die durch die Ausbeutung der Bodenschätze entstehen, sowie der Folgen für Gesellschaft, Umwelt und Produktion, viele wirtschaftliche Nutzeffekte dieser Industrien wieder entfallen. In ihrem blinden Vertrauen auf die Vorteile der Primärgüterexporte machen verschiedene Regierungen jedoch solch vollständige Rechnungen gar nicht auf.

Dank der umfangreichen Einnahmen aus den Rohstoffausfuhren betrachten sich die fortschrittlichen und auch die neoliberalen Regierenden als Träger des kollektiven Willens und versuchen, den Sprung in die

ersehnte Moderne von oben durchzusetzen. Damit dies gelingt, müssen sie nach ihrer Logik die Natur beherrschen, um aus ihr wie vor fünfhundert Jahren exportfähige Erzeugnisse zu machen. Kurz gesagt: Die meisten und schlechtesten Eigenschaften des Extraktivismus bleiben im Neo-Extraktivismus bestehen.

«Der Fluch des Überflusses» ist durchaus überwindbar

Zum allgegenwärtigen Extraktivismus werden auch Forderungen nach Alternativen laut. Die gibt es nämlich sehr wohl. Kaum jemand wird – ob nun böswillig oder aus Unwissenheit – auf den Gedanken kommen, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen gänzlich einzustellen.

Man muss sich darüber im Klaren sein, dass Armut nicht nur durch soziale Investitionen und öffentliche Baumaßnahmen beseitigt werden kann. Es braucht eine grundlegende Umverteilung des Reichtums. In den Ländern mit fortschrittlichen Regierungen ist nach Gleichheitskriterien eine bessere Verteilung der Staatseinnahmen festzustellen; zugleich kommt es jedoch zu einer stärkeren Konzentration des Reichtums.

Die kollektiven Rechte vieler indigener und bäuerlicher Gemeinschaften werden mit Füßen getreten, um die Erdölfördergebiete noch weiter auszudehnen, den Mega-Bergbau zu ermöglichen oder auch Monokulturen aller Art zu unterstützen.

Wollte man die Umverteilung des Reichtums tatsächlich in Angriff nehmen, wären die Ressourcen zur Beseitigung der Armut gesichert. Wenn man beispielsweise in Ecuador die Steuerlast für die reichsten 10% der Bevölkerung um 3,5% anheben und diese Mittel zur Versorgung der bedürftigsten Bevölkerungsgruppen einsetzen würde, wäre die Armut beseitigt. Solche Summen könnten durch die Ausbeutung der Erdölvorkommen des Yasuní-ITT-Feldes nicht erwirtschaftet werden. Eine weitere Finanzierungsquelle könnte sich ergeben, wenn die Frage der Kraftstoffsubventionierung gelöst würde, denn davon profitieren die Reichsten und nicht die Armen. Ein weiterer wichtiger Beitrag wäre auch die Neuverhandlung der Verträge mit den

Telekommunikationsgesellschaften. Man bedenke, dass diese Firmen mittlerweile Jahresgewinne von 38,5% ihres Nettovermögens erzielen!

In den Ländern mit «fortschrittlichen» Regierungen ist nach Gleichheitskriterien eine bessere Verteilung der Staatseinnahmen festzustellen; zugleich kommt es jedoch zu einer stärkeren Konzentration des Reichtums.

Es muss eine sinnvolle Strategie mit breiter und echter Bürgerbeteiligung erarbeitet werden, um Aktivitäten zu stoppen, die die biologische Vielfalt und sogar das soziale Zusammenleben gefährden. In einem ersten Schritt müssen die Gemeinden gestärkt

werden, die derzeit Widerstand gegen den Extraktivismus leisten.

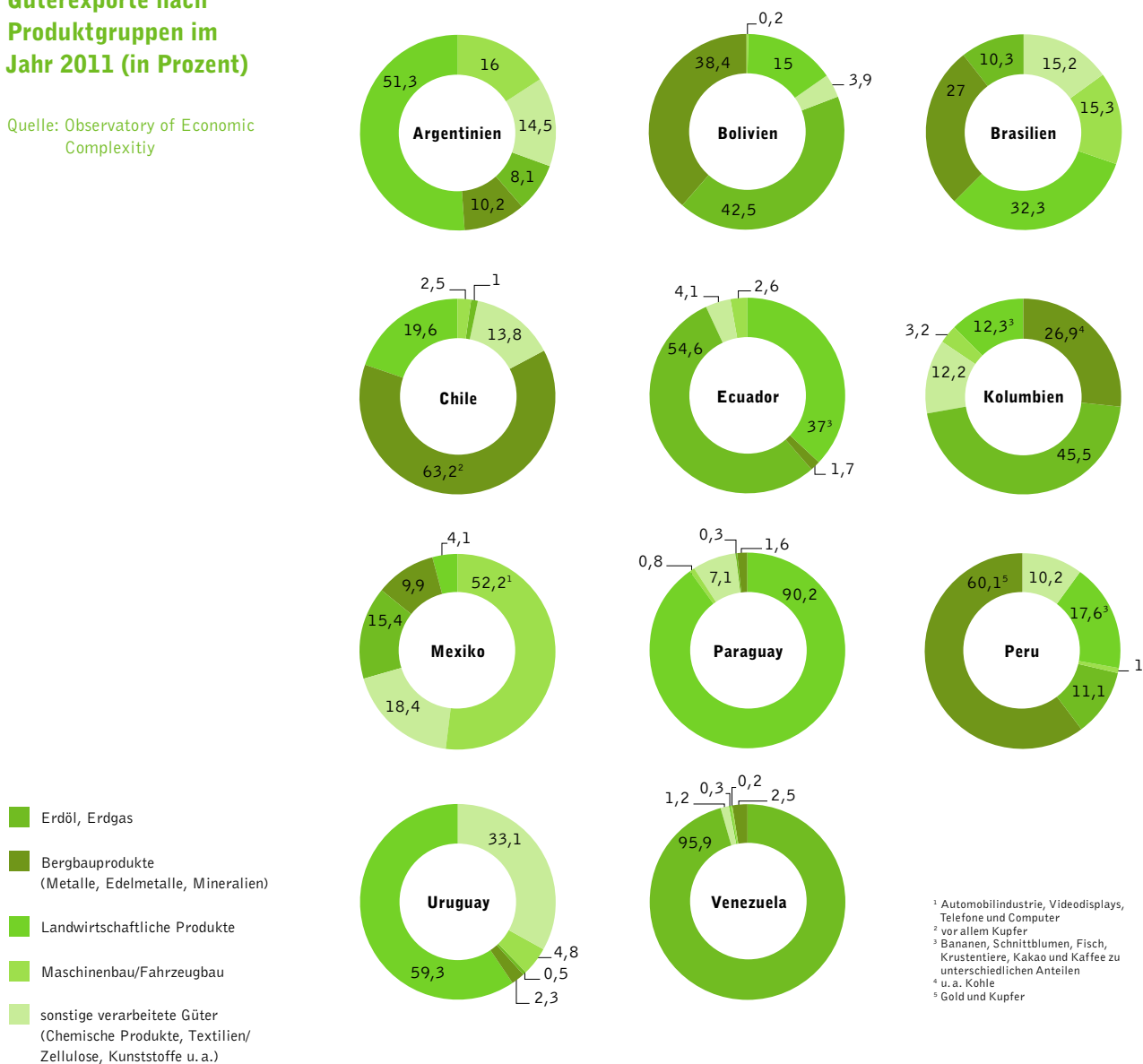
In der Kernfrage geht es darum, die Ausweitung und Vertiefung eines extraktivistischen, d. h. vor allem auf den Export von Primärgütern gestützten Wirtschaftsmodells aufzugeben. Dieses Modell hat in keinem Land zu Entwicklung geführt.

Der Ausweg aus einer extraktivistischen Ökonomie besteht darin, zwar für gewisse Zeit einige dieser Aktivitäten gezwungenermaßen beizubehalten, den geplanten Ausstieg aus dem Extraktivismus jedoch als zentrales Ziel im Auge zu behalten. Den Extraktivismus mit noch mehr Extraktivismus überwinden zu wollen, ist allerdings ein Trugschluss.

Ausgehend von diesen Überlegungen müssen nachhaltige Aktivitäten und Bereiche gestärkt werden, die eine Verarbeitung

Güterexporte nach Produktgruppen im Jahr 2011 (in Prozent)

Quelle: Observatory of Economic Complexity



der Rohstoffe innerhalb des jeweiligen Landes ermöglichen. Ebenso ist eine andere Form der Teilhabe am Weltmarkt vonnöten, indem Grundlagen für eine eher autozentrierte regionale Integration geschaffen werden. Vor allem aber darf die Natur nicht noch weiter zerstört und die soziale Kluft nicht noch größer werden. Strategien für einen sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Übergang werden dann erfolgreich sein, wenn sie in sich stimmig sind, und vor allem, wenn sie auf Verständnis stoßen und gesellschaftlichen Rückhalt genießen.

Gleichzeitig ist es dringend notwendig, das Thema «Wachstum» verantwortungsbewusst anzugehen. So ist es zumindest sinnvoll, in Abhängigkeit von den jeweiligen historischen Gesellschafts- und Umweltbedingungen zwischen «gutem» und «schlechtem» Wachstum zu unterscheiden. (Den Erdölstaaten hat beispielsweise das Wirtschaftswachstum keine Entwicklung gebracht. Sie mögen zwar reich sein, aber nicht entwickelt). Wir haben begriffen, dass Wirtschaftswachstum nicht gleichbedeutend mit Entwicklung ist. Entwicklung wiederum hat sich als Trugbild erwiesen. Manche Länder, die sich selbst als entwickelt betrachten, sind fehlentwickelt, wie wir wissen.

Diese schwierige Frage werden wir nicht von heute auf morgen lösen. Wir müssen den Weg für Übergänge frei machen. Alternative Praktiken sind weltweit zu Tausenden und Abertausenden vorhanden. Wir müssen uns an Utopien orientieren, die auf ein harmonisches Zusammenleben der Menschen untereinander und auch mit der Natur abzielen. Wir sind also gefordert, den Übergang zu einer neuen Zivilisation zu schaffen. Diese wird nicht spontan entstehen. Es geht um einen geduldigen, entschlossenen Aufbau und Wiederaufbau. Er beginnt mit der Zerschlagung einiger Fetische und radikalen Veränderungen auf der Grundlage bestehender Erfahrungen.

Dies ist der Punkt: Wir verfügen über alternative Werte, Erfahrungen und zivilisatorische Praktiken, wie sie im Konzept des «Guten Lebens» bzw. *sumak kawsay* oder *suma qamaña* der indigenen Gemeinschaften der Anden- und Amazonasregion enthalten sind.

Neben den Vorstellungen vom *Abya-Yala*, von «unserem Amerika», gibt es zahlreiche andere philosophische Ansätze in verschiedenen Teilen der Erde, die mit der Suche nach dem Guten Leben vergleichbar sind und sich auf inklusive philosophische Vorstellungswelten stützen. Hierzu gehören beispielsweise die *Ubuntu*-Gemeinschaft in Afrika oder die Konzepte *Swadeshi*, *Swaraj* und *Apargrama* in Indien.

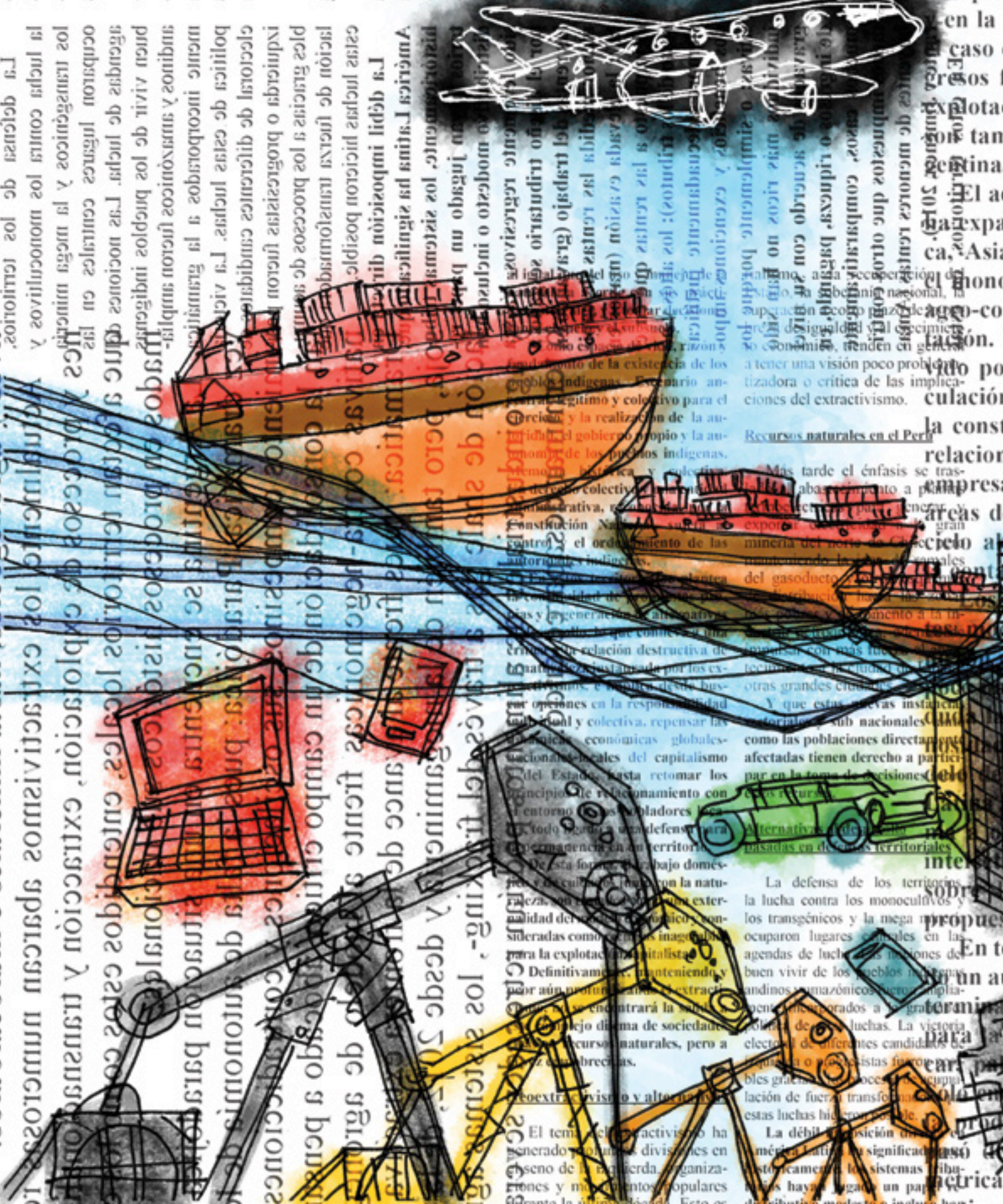
Wir müssen uns an Utopien orientieren, die auf ein harmonisches Zusammenleben der Menschen untereinander und auch mit der Natur abzielen. Wir sind also gefordert, den Übergang zu einer neuen Zivilisation zu schaffen.

Allerdings wäre es besser, im Plural von «guten Formen des Zusammenlebens» zu sprechen, um nicht der Vorstellung von einem einzigen, homogenen und überdies unerreichbaren Guten Leben Tür und Tor zu öffnen. Wir fordern eine Welt, in der auch andere Welten ihren Platz haben, ohne dass eine von ihnen an den Rand gedrängt und ausgebeutet wird. Dies impliziert auch eine andere Ökonomie, die sich auf Solidarität, Gegenseitigkeit und Nachhaltigkeit stützt und für das Gute Leben eintritt, um den Vorstellungen von Harmonie gerecht zu werden.

Mit der Aufrechterhaltung oder, schlimmer noch, der Ausweitung des Extraktivismus wird in jedem Fall kein Ausweg aus diesem komplexen Dilemma der ressourcenreichen, aber gleichzeitig verarmten Gesellschaften möglich sein. ■■■

¹ Gudynas, Eduardo (2013): *Extracciones, extractivismos y extrahecciones – Un marco conceptual sobre la apropiación de recursos naturales*, in: Observatorio del Desarrollo, N° 18, Montevideo, <http://bit.ly/Ow0ext> (29.6.2015)

En la medida en que el mundo se ha vuelto más globalizado, los procesos de cambio social y cultural se han acelerado. En este contexto, el estudio de la historia y la cultura adquiere una importancia fundamental para comprender el presente y proyectar el futuro. Este artículo analiza los principales factores que han impulsado estos cambios, con especial énfasis en el ámbito latinoamericano. Se exploran las transformaciones en la estructura social, la economía y la política, así como el papel de la tecnología y la globalización. Finalmente, se discuten algunas perspectivas futuras y los desafíos que plantea la integración regional y mundial.



En la
caso
esos
plota
tan
centina
El a
expa
ca, Asia
el mon
agro-co
facción.
Visto po
culación
la const
relacion
empres
áreas d
cielo a
cont
fuerza
empres
con mas
tecnología
otras gran
Y que est
nacionales
como las p
afectadas
participar
en la toma
decisiones
en los recur
Alternativa
posibilida
inter
sobre
propues
En t
un a
termina
para
a
car
pa
en
estas luch
La débil
América L
stóricamen
los sistem
hay un pa
distribuci
modesto e

El tema del extractivismo ha generado profundas divisiones en el seno de la izquierda organizadas y movimientos populares como la Unión Agraria. Esto se debe a la explotación de los recursos naturales, pero a la vez a la brecha.

La débil oposición en América Latina ha significado históricamente los sistemas tributarios hay un pago de distribución modesto e incluso b

Recursos naturales en el Perú

Más tarde el énfasis se trasladó al abastecimiento a punta de haberse empezado a generar y exportar tecnología y gran minería del norte de Chile, manteniendo la explotación del gasoducto.

La distribución de los recursos naturales es un elemento a la industrialización, pero también se relaciona con mas fuerza tecnológica, la calidad de las otras grandes ciudades.

Y que estas nuevas instancias nacionales y sub nacionales como las poblaciones directamente afectadas tienen derecho a participar en la toma de decisiones en los recursos.

La defensa de los territorios, la lucha contra los monocultivos y los transgénicos y la mega ocuparon lugares centrales en las agendas de lucha de las naciones de buen vivir de los pueblos indígenas andinos y amazónicos, pero también incorporados a la gran agenda política de esas luchas. La victoria electoral de diferentes candidatos de izquierda o neoconservadores no impidió que los pueblos indígenas mantuvieran la ocupación de fuerza transformadora en estas luchas históricas.

El tema del extractivismo ha generado profundas divisiones en el seno de la izquierda organizadas y movimientos populares como la Unión Agraria. Esto se debe a la explotación de los recursos naturales, pero a la vez a la brecha.

La débil oposición en América Latina ha significado históricamente los sistemas tributarios hay un pago de distribución modesto e incluso b

de las premisas de las antropocéntricas que organiza la sociedad patriarcal.

Bolivia, Ecuador, México y Venezuela, en los últimos años, el 30% o más del total de ingresos fiscales se originan en la explotación de gas en el primero y producción de petróleo en los otros tres últimos. Los ingresos fiscales provenientes de la explotación de recursos naturales también significativos en Argentina, Chile, Colombia y Perú.

Elacapamiento de tierras se ha multiplicado sobre todo en África y América Latina para el cultivo de alimentos o de combustibles para la exportación. Las áreas urbanas han visto un nuevo ciclo de especulación inmobiliaria, impulsado por la construcción de grandes obras de infraestructura. Las áreas rurales, por su parte, han visto un nuevo ciclo de explotación de recursos naturales, impulsado por la construcción de grandes obras de infraestructura. Las áreas rurales, por su parte, han visto un nuevo ciclo de explotación de recursos naturales, impulsado por la construcción de grandes obras de infraestructura.

En la región latinoamericana, el mundo, pero sin duda la expansión del negocio en América Latina ha puesto en alerta máxima a las organizaciones activistas locales del más diverso cuño y necesidad de laborar por alternativas viables. En toda la región se ha registrado un aumento considerable de denuncias y acciones legales contra la explotación de recursos naturales, impulsado por la construcción de grandes obras de infraestructura.

mente proveedor de recursos naturales e materias primas.

Em primeiro lugar é preciso deixar claro que o conceito de extrativismo não é - e continua tendo - importância central para a mobilização de atores e para reconhecer e legitimar os sujeitos e a resistência que ocorre desde os territórios. Os crescentes conflitos sociais e ambientais, marcadamente entre as populações diretamente afetadas nas áreas impactadas pela indústria extrativa nos vários países, têm tido um papel catalisador, tanto na percepção das lutas comuns, como nos processos de análise, discussão e proposição de alternativas para a região.

Metabolismo do extrativismo
A intensificação do extrativismo é uma função da demanda de recursos que atribuímos ao mundo e que, em primeiro lugar, são internacionais. A natureza não é destinada somente ao consumo doméstico e para, mas a sustentação do metabolismo da sociedade global. Por essa ótica, o que aparece como a demanda "chamada" por recursos naturais como petróleo, gás, minérios e commodities agrícolas, deve ser compreendida também pelo papel que o país exerce como engrenagem da industrialização global. No contexto atual, a categoria de "indústria nacional", como em relação a este país nos em desenvolvimento (dependência) e sua relação ao "extrativismo" são fatores que precisam ser analisados em seu sentido prático e político.

"Gas barato para los hermanos" era una frase que resumía bien la estrategia, y de paso justificaba una inversión que desde el inicio

mino de extrativismo a los que nos referimos a aquellas actividades que remueven, grandes volúmenes de recursos naturales, no son procesados (o que los limitadamente), sobre todo por la exportación en función de la demanda de los países centrales. El extractivismo no se limita a minerales o al petróleo. Hay también extractivismo agrario, forestal e incluso pesquero.

La apropiación de recursos naturales donde estos son extraídos por medio de una serie de violencias, atropellando Derechos Humanos y Derechos de la Naturaleza, es una consecuencia de este tipo de extracción sino que es condición necesaria para poder llevar a cabo la apropiación de los recursos naturales, como atina a señalar el filósofo Eduardo Gudy. Es una forma de apropiación que se realiza sin importar los impactos sociales de los proyectos, así como también el agotamiento de los recursos.

Por otro lado, la explotación de los recursos naturales se amplía y profundiza el extractivismo, agravando la devastación social y ambiental. Los derechos colectivos de muchas comunidades indígenas y campesinas son atropellados para ampliar aún más la frontera petrolera o para permitir la megaminería o inclusive para fomentar los monocultivos de tipo. La criminalización de la protesta social está al orden del día. Son decenas de líderes populencausados o criminalmente por defender el agua, los derechos y la vida misma. Poco importa, por ejemplo, que en el Ecuador constitucionalmente la naturaleza sea sujeto de derechos. El primer paso, entonces, pasa por fortalecer a las comunidades que actualmente resisten al extractivismo.



Der Post-Extraktivismus und die Herausforderung, den Metabolismus der Weltwirtschaft anders zu denken

Camila Moreno

«Capitalism does not act upon nature so much as [it] develop[s] through nature–society relations.»

Jason W. Moore (2011)

Seit einigen Jahren wächst insbesondere innerhalb der Linken und bei den Basisbewegungen die Kritik am «extraktiven Wirtschaftsmodell». Sie sehen den Extraktivismus als Ursache vielfältiger Krisen (etwa der Klima-, Energie- und Nahrungsmittelkrise) an und führen eine «extraktive, rohstofffixierte Mentalität» («extractive mindset») als Erklärung ins Feld.

Die Debatte über den Neo-Extraktivismus als einen neuen «Rohstoff-Konsens», der von nahezu jeder lateinamerikanischen Regierung – egal ob progressiv oder neoliberal – vertreten wird, stellt die gesamt-ökonomische Entwicklung und die Auswirkungen dieses Modells insgesamt in den Kontext zunehmender Reprimarisierung und De-Industrialisierung der Volkswirtschaften.¹

Mit der Betrachtung des Extraktivismus – insbesondere in den Bereichen fossiler Brennstoffabbau, industrielle Landwirtschaft und Mega-Bergbau – als Materialisierung des Kapitalismus wird heutzutage ein Narrativ befördert und eine Botschaft verbreitet. Verschiedene Kämpfe werden vernetzt und neue Generationen von Aktivist*innen mit neuen Agenden (wie der Klimafrage) und unterschiedlichen politischen Kulturen (wie der Occupy-Bewegung, Indignados usw.) treten miteinander in einen Dialog. Die Perspektive, dass alles im Grunde mit dem «Extraktivismus» erklärbar oder auf ihn zurückzuführen ist, können viele nachvollziehen.

Diese vereinfachende Gleichsetzung unterschiedlicher Vorgänge kann jedoch zur Folge haben, dass die Widersprüche

und Mechanismen der Naturalisierung des Kapitalismus als Weltsystem aus dem Blick geraten, der, obwohl sein reibungsloses Funktionieren vom Extraktivismus abhängt, nicht auf diesen allein zurückgeführt werden kann.

Diese Reduktion kann dazu führen, dass klassische Fragen, etwa die nach der Produktion von Mehrwert, nach sozialen Klassen und nach der (historischen) Konstruktion «abstrakter» Waren wie Land, menschlicher Arbeit und neuerdings auch CO₂, ebenso vernachlässigt werden wie andere Elemente einer ausdifferenzierteren und eher systemischen Perspektive.

Der Extraktivismus an sich umfasst nicht die Gesamtheit des materiellen, kulturellen und metabolischen² Prozesses. Schließlich existieren die extraktive Industrie und das Wettrennen um die Naturressourcen nicht losgelöst von der Dimension der Kulturindustrie und des materiellen und täglichen Lebens. Da sich die Kolonialisierung der Vorstellungswelten und die Konstruktion von Subjektivitäten immer weiter in das virtuelle Internet hinein verlagern (was zur Bildung des Begriffs «Netizen» geführt hat, dem «Internetbürger»), wird das politische Handeln immer mehr von der Technik abhängig. So steckt der Extraktivismus sogar in den Lithium-Batterien unserer Smartphones und in zahllosen Elektro-Gadgets, die heute – vom Selbstkult bis hin zur militanten politischen Aktion – zu allem untrennbar dazugehören. Auch bildet der Extraktivismus die Basis für den wachsenden Energiebedarf einer Gesellschaft, die immer urbaner wird, permanent online und süchtig nach Stimuli und Bildern ist; die «erregte Gesellschaft», wie es der deutsche Philosoph Christoph Türcke bezeichnet.³

Camila Moreno hat einen Dokortitel für Entwicklung, Landwirtschaft und Gesellschaft der Universidade Federal Rural do Rio de Janeiro und einen Hochschulabschluss in Philosophie und Jura. Seit 15 Jahren arbeitet sie in verschiedenen brasilianischen und lateinamerikanischen Organisationen und Netzwerken zu den Themen Biodiversität und Klima. Von 2011 bis 2013 war sie Programmkoordinatorin im Büro Rio de Janeiro der Heinrich-Böll-Stiftung. Sie ist Mitglied der ständigen Arbeitsgruppe «Alternativen zur Entwicklung». Ihre aktuellen Forschungsschwerpunkte sind die Beziehungen zwischen Brasilien und China sowie neue Konfigurationen des Kapitalismus.

Die immer häufigere Bezugnahme auf den Extraktivismus in der öffentlichen Debatte und in der politischen Kritik scheint an Wirksamkeit zu verlieren. Angesichts der Abnutzung des Labels «Extraktivismus» und der Notwendigkeit, hegemoniefähige Konzepte und eine Sprache zu entwickeln, die geeignet sind, politisches Handeln zu kommunizieren und zu koordinieren, stellt sich die Frage: Wie können Kräfte mobilisiert werden und alle ins Boot geholt werden? Was bedeutet das heute?

Post-Extraktivismus?

Zunächst muss klargestellt werden, dass das Konzept des Extraktivismus für die Mobilisierung von Akteur/innen und die Anerkennung des Widerstandes, der von den Territorien aus geleistet wird, zentrale Bedeutung hatte – und weiterhin hat. Die zunehmenden sozialen und ökologischen Auseinandersetzungen, insbesondere innerhalb der unmittelbar betroffenen Bevölkerungsgruppen in Gebieten mit extraktiven Industrien, hatten eine Katalysatorfunktion für die Wahrnehmung der gemeinsamen Kämpfe und waren wichtig für die Analyse, Diskussion und Unterbreitung von Alternativvorschlägen für Lateinamerika.

Einige Analysen bekräftigen, dass bereits zu Beginn des Jahres 2015 die strukturellen Engpässe des gegenwärtigen Konjunkturzyklus ersichtlich und die Vorzeichen für einen Siegeszug des «Post-Extraktivismus» gesetzt waren.⁴ Darüber hinaus bestätigt der Rückgang der Weltmarktpreise u. a. für Erdöl, Eisenerz und Soja jene Analysen, wonach die fetten Jahre vorbei seien. Für Länder, die hoch gepokert und ihre Volkswirtschaften einseitig an den Extraktivismus und Rohstoffexport gekoppelt haben, kämen nun die mageren Jahre.⁵

Tatsächlich haben Kritiker/innen der extraktivistischen Logik und ökologische Basisbewegungen seit dem Beginn des Booms der Rohstoffpreise vor sämtlichen «externen Effekten» des Entwicklungsmodells gewarnt. Auch vor den sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Übeln, die mit den neuen Abhängigkeitsmechanismen der extraktivistischen Welle einhergehen, selbst wenn mit den Einnahmen eine soziale und umverteilende Politik möglich wurde. Außerdem birgt das strukturelle Risiko eines Preis- oder Nachfragerückgangs (was gegenwärtig in der Tat einzutreten scheint) große Gefahren für die Volkswirtschaften. Während die Liste mit Rechtfertigungen

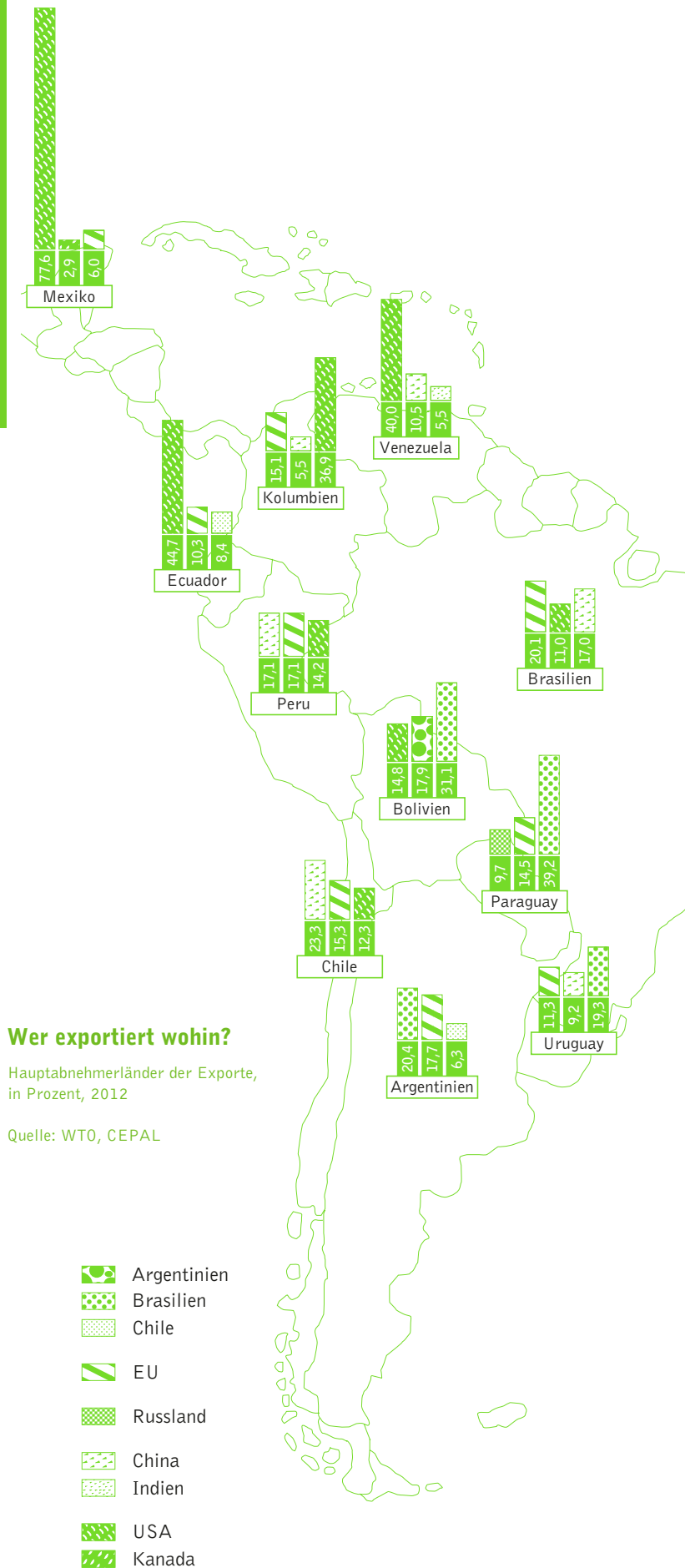
des Extraktivismus von Seiten der rohstoff-exportierenden Länder lang und vielfältig ist, muss auch auf der Abnehmerseite stets gefragt werden: Für was und für wen? Der Extraktivismus existiert schließlich nicht um seiner selbst willen. Die Unternehmen kaufen das Eisenerz, Getreide und Erdöl nicht, um zu spekulieren und es irgendwo zu lagern.

Der Faktor China und die «urbane Ära»

In den vergangenen Jahren wurden vermehrt Rohstoffe nach China exportiert. Der Exportanteil von Waren nach China, die üblicherweise dem Extraktivismus zugerechnet werden, war in etlichen lateinamerikanischen Ländern ein maßgeblicher Faktor für die Stabilisierung der Wirtschaft nach der Weltfinanzkrise 2008. Nachgefragt werden hauptsächlich Rohstoffe, die infolge der fortschreitenden Verstädterung Asiens für Infrastruktur, Wohnungsbau, Energiegewinnung und -übertragung, Transportwesen, Mobilität usw. gebraucht werden. Diese steigende Nachfrage begründet die Erfolgsaussichten des Extraktivismus und wird in den kommenden Jahrzehnten maßgeblich die großen Veränderungen bei den Rohstoff- und Energieströmen rund um den Globus steuern.

Der Metabolismus des Extraktivismus

Die Rohstoffnachfrage aus China hat auch eine Funktion im Metabolismus der globalen Industrialisierung. Aus dieser Sicht muss das, was als «chinesische» Nachfrage nach Naturressourcen wie Erdöl, Erdgas, Mineralien und Agrarrohstoffen erscheint, auch als Ausdruck des Gewichtes verstanden werden, das diesem Lande in der globalen Industrialisierung zukommt. Kategorien wie die «einzelstaatliche Industrie», die Art, wie wir auf sie bezogen Entwicklung (und Dependenz) konzipieren, und ihr Verhältnis zum «Extraktivismus» sind Faktoren, die in ihrer praktischen und politischen Bedeutung überprüft werden müssen. Denn die lokale «extraktive» Tätigkeit findet ja nicht losgelöst von der globalen Industrie statt: Beide hängen insofern voneinander ab, als dass technologische Innovationen und deren Anwendungen größtenteils durch die Erfordernisse und Gepflogenheiten der extrakti-



ven Industrie vorgegeben werden. Das eine existiert nicht ohne das andere. Das gilt von den schweren Gerätschaften für den Abbau von Mineralien und Erdöl über die hochtechnologischen Bohrköpfe und -flüssigkeiten bis hin zur ausgefeilten Software für die automatisierte Steuerung von Traktoren, Erntemaschinen, Fahrzeugen und Staplern, die in der agroindustriellen Fertigungskette zum Einsatz kommen – um nur einige Beispiele anzuführen. Insofern scheint die Debatte komplexer zu sein und über die Reprimarisierung und Rohstoffabhängigkeit hinauszugehen.

So hängt etwa die moderne Landwirtschaft (oder das Agrobusiness) vom Abbau von Phosphat und chemisch hergestellten stickstoffhaltigen Düngemitteln (auf der Grundlage von Erdöl und Harnstoff) und Agrochemikalien ab, sie braucht die Stahlindustrie (und Stahlgewinnung) für die Herstellung von Stacheldraht, immer ausgefeilteren landwirtschaftlichen Maschinen, Sprühflugzeugen (einschließlich ethanolbetriebenen) bis hin zu Plastikverpackungen (auch aus Bio-Plastik) für jede Art von Betriebsmitteln, Antibiotika und Impfstoffen; weiterhin nutzt sie Software zur Automatisierung und Warenverfolgung, einschließlich von Satelliten, die zur Gewährleistung von Gesundheitsnormen georeferenzierte Chips in den Ohren von Rindern auslesen; sie hängt ab vom Handel mit gesextem Sperma, vom geistigen Eigentum von patentierten Genen des Samens. Über Rechts-, Finanz-, Kredit- und Versicherungsdienstleistungen bis hin zum Bau von Silos, Häfen, Massengutfrachtern etc. steht sie in einer Interdependenzkette, die sogar den Supermarktsektor, die Vertriebs- und Versorgungslogistik in Ballungsräumen, die Verpackungsbranche und sogar die Werbeindustrie mit einschließt, die Konsumgewohnheiten generiert, verkauft und aufrechterhält; alle diese Wirtschaftstätigkeiten sind als Einzelphasen ein und desselben Vorgangs untrennbar in einem großen Metabolismus miteinander verbunden.

Mit der zunehmenden vertikalen Integration in globale Wertschöpfungs- und Warenversorgungsnetze können die physische Infrastruktur in den Territorien und die virtuelle Infrastruktur bei Informationstechnologien und Finanzdienstleistungen, die den Warenverkehr erst ermöglichen, nicht allein auf den Extraktivismus reduziert werden. Das gilt auch für die Energieerzeugung und -übertragung für die logistische Integration von Häfen, Landstraßen, Auto-

bahnen, Wasserwegen, Silos usw. Dies alles ist wesentlicher Bestandteil des gesamten Entwicklungsmodells.

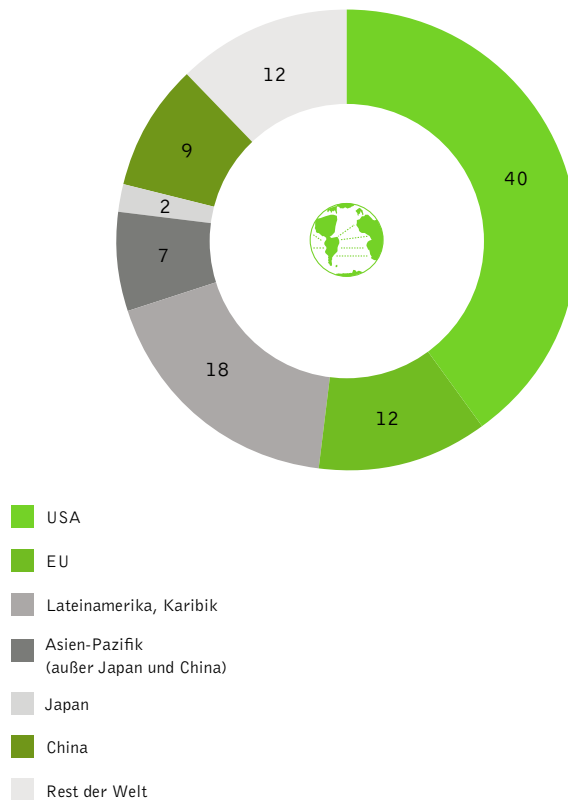
In den entwicklungsorientierten Politikansätzen stellt die anhaltende Nachfrage nach Rohstoffen und Ressourcen für die Ernährung einer immer urbaner werden Welt das tragende Element der Wirtschaftswachstumsstrategien dar. Dies hängt mit der weitverbreiteten Ansicht zusammen, dass wir in eine unvermeidliche «urbane Ära» in der Geschichte der Menschheit eintreten. Die Verstädterung spielt in der hegemonialen Vorstellung von Entwicklung eine zentrale Rolle und legitimiert die Unterwerfung von Natur, Territorien, Bevölkerungen, Kulturen und Lebensweisen – sowie den Einsatz realer und symbolischer Gewalt, um «die Stadt» zu ernähren. Vor diesem Hintergrund gibt die gegenwärtige massive Verstädterung Asiens (und von Teilen Afrikas) Anlass zur Beunruhigung über Ausmaß und Geschwindigkeit dieses Prozesses und der nicht-nachhaltigen ökologischen, materiellen und sozialen Reproduktion dessen, was sich als «Entwicklung» weltweit durchgesetzt hat.

Unter dem Gesichtspunkt des Kapitalismus als Weltsystem, aber auch als Weltökologie, bildet sich in globalem Maßstab ein einzigartiger, metabolischer Prozess mit interdependenten Güter- und Energieströmen heraus. Die Überwindung des Extraktivismus hängt von der Offenlegung dieser Prozesse ab, die immer mehr miteinander verschränkt sind – und genau das muss verstanden werden. Die kapitalistische Verstädterung weltweit und die damit einhergehenden Subjektivitäten erzeugen eine proportionale Nachfrage nach Materie und Energie, steigern den Konsum (und produzieren Abfälle) und formen auf diese Weise einen gigantischen und beispiellosen Metabolismus heraus. Bei der Herausforderung, diesem Prozess Einhalt zu gebieten und wirtschaftliche und gesellschaftliche Alternativen für das 21. Jahrhundert zu formulieren, gewinnen der Kampf um Land, die Verteidigung und Stärkung der Territorien, die Verkürzung der Wirtschaftskreisläufe und die Relokalisierung der Volkswirtschaften strategische und emanzipatorische Bedeutung. ■■■

Wer exportiert wohin?

Weltweite Abnehmer der Güterexporte aus Lateinamerika und der Karibik gesamt, in Prozent, 2012

Quelle: WTO, CEPAL



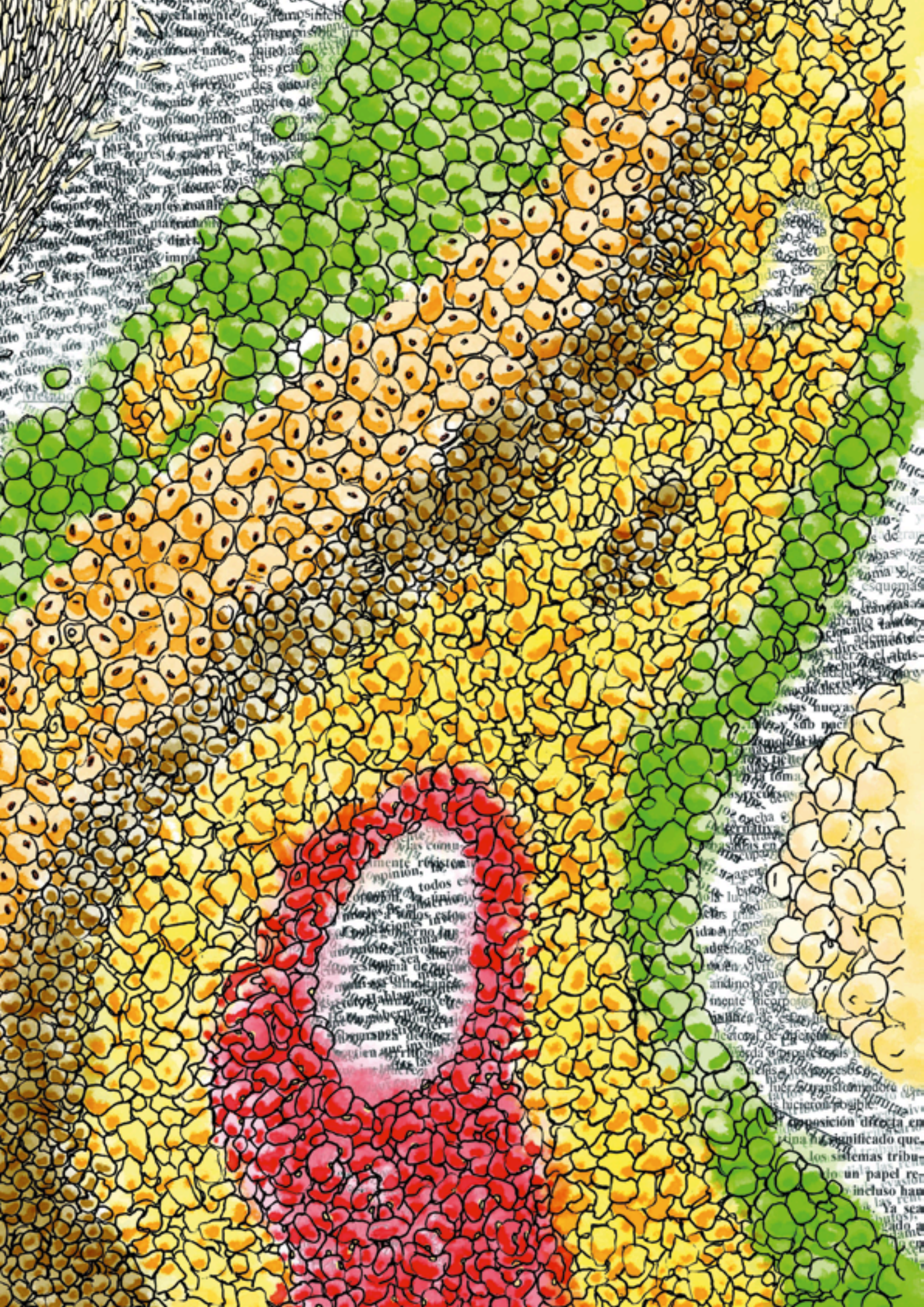
¹ Klein, Naomi (2015): *Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima*, Frankfurt.

² Die Autorin greift hier auf den von Marx benutzten Begriff des «Metabolismus» zurück, der von John Bellamy Foster («Der ökologische Bruch») aktualisiert und zu einem zentralen Baustein einer marxistischen Ökologie gemacht worden ist: «Die menschlichen Produktionsverhältnisse wirken auf die Natur zurück und beeinflussen diese ebenso wie die Natur und ihre Veränderungen sich auf die menschliche Produktionsweise auswirken. Diesen vermittelnden <Prozeß zwischen Mensch und Natur> (MEW 23, S. 192) bezeichnet Marx in Anlehnung an die naturwissenschaftliche Forschung seiner Zeit als <Stoffwechsel> (ebd.) oder – in der wissenschaftlichen Terminologie des deutschen Chemikers Justus von Liebig – als <Metabolismus> (S. 76)», <http://kritisch-lesen.de/rezension/marxistische-antworten-auf-okologische-fragen> (18.8.2015) Zentral ist für Marx dabei, die gesellschaftliche Vermittlung stofflicher Prozesse zu betonen.

³ Türcke, Christoph (2002): *Erregte Gesellschaft. Philosophie der Sensation*, München.

⁴ Martínez-Alier, Juan (2015): *Sudamérica: el triunfo del post extractivismo en el 2015*, La Jornada, México, <http://bit.ly/1a5Rmtb>, 18.8.2015.

⁵ Für eine Darstellung der konjunkturellen Lage der größten lateinamerikanischen Volkswirtschaften und ihrer Beeinträchtigungen durch den Preisverfall bei ihren jeweiligen strategischen Rohstoffen im Hinblick auf die innenpolitische Situation dieser Länder sowie einige zukunftsbezogene Fragestellungen, siehe Machado, Décio (2015): *Y llegaron las vacas flacas ...*, ALDHEA, Ecuador, <http://bit.ly/105pa7L>, 18.8.2015.



Landnahme für den Fleischteller

Debatten und Alternativen zum Modell des Agrobusiness in Argentinien

Maristella Svampa

Die Debatte über unterschiedliche Agrarmodelle ist in Lateinamerika nicht neu. Derzeit besorgt jedoch das Ausmaß und die atemberaubende Geschwindigkeit, mit der das Modell des Agrobusiness sich ausbreitet. Auf's Höchste alarmiert versuchen Organisationen, Aktivist/innen und Intellektuelle verschiedenster Ausrichtungen gangbare Alternativvorschläge zu erarbeiten.

Überall in der Region werden verstärkt bestimmte gentechnisch veränderte Nutzpflanzen für den Export angebaut: Zuckerrohr, Palmöl, Soja und Mais. Allein zwischen 2002 und 2012 erhöhte sich in Brasilien der Zuckerrohranbau von 35 Mio. auf 72 Mio. Tonnen (t); in Argentinien wuchs die Sojaproduktion von 30 Mio. auf 52 Mio. t; in Paraguay nahm die Sojaerzeugung von 3 Mio. auf 8 Mio. t zu, in Bolivien von 1 Mio. auf 2 Mio. t; in Kolumbien stieg die Palmölproduktion von 2 Mio. auf 4 Mio. t und in Ecuador von 1 Mio. auf 2 Mio. t; in Honduras kletterte die Produktion von Zuckerrohr von 3 Mio. auf 8 Mio. t.¹

Im Jahr 2003 veröffentlichte der Agrarkonzern Syngenta in den beiden größten argentinischen Tageszeitungen eine Werbeanzeige, die im Gedächtnis geblieben ist: «Vereinigte Soja-Republik» – so wurde darin das große Sojaanbaugebiet bezeichnet, das in angrenzenden Regionen der Staaten Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay und Bolivien liegt. Dann, im Jahr 2012, unternahmen transnationale Unternehmen in der ganzen Region einen gewaltigen Vorstoß. Ziel war die Einführung neuer Gentechnikprodukte und Agrochemikalien und die dazu nötige Modifizierung gesetzlicher Regelungen.²

In Mexiko wurde nach langem Kampf im Oktober 2013 ein Aussaatverbot von

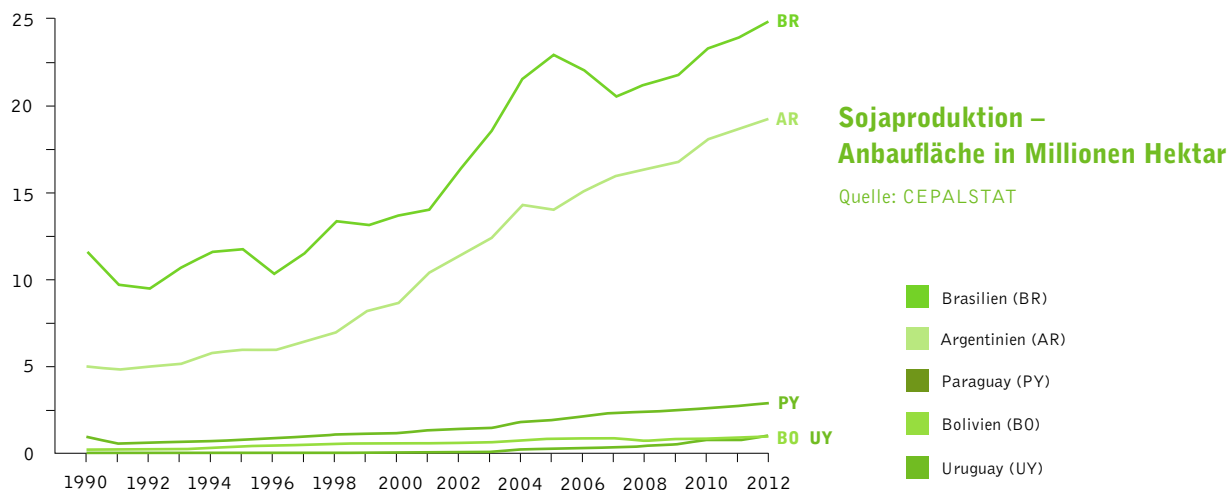
gentechnisch verändertem Mais erreicht. In Argentinien hingegen treibt Monsanto mit Unterstützung der Regierung einen Gesetzentwurf zu Saatgut voran, der einen weiteren Vorstoß in Richtung Kommerzialisierung bedeutet.

Argentinien, ein Extremfall

Nach den USA und China sind Argentinien und Brasilien die weltweit größten Produzenten von gentechnisch verändertem Soja. Mit 23,9 Mio. Hektar Sojaanbauflächen ist Argentinien ein extremer Fall von Landnahme. Landgrabbing zeigt sich besonders gut in der konzentrierten Produktion von Soja, Mais und Zuckerrohr. Dort sind die massive Präsenz von ausländischem Kapital und Saatgutpools kommerzieller Aussaatgemeinschaften die Kennzeichen. Weltweit hatte die Ausbreitung des Agrobusiness eine Umstrukturierung des traditionellen Agrarsystems zur Folge und der Boom der internationalen Rohstoffpreise machte es noch rentabler.

Das Modell des Agrobusiness vernetzt unterschiedliche soziale und wirtschaftliche Akteure miteinander. Seine Beschäftigungs- und Dienstleistungsstruktur ist komplexer als die anderer Rohstoffausbeutungssysteme, beispielsweise des Megabergbaus. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass dieses Modell mittelfristig weder sozial noch ökologisch nachhaltig ist. Hier spielen vor allem drei Faktoren eine Rolle. Erstens: die Exportorientierung und der Trend zu Monokulturen. Zweitens: das Streben nach immer höheren Gewinnen, vor allem durch den Ausbau von Soja-Monokulturen. Die Folgen sind die vermehrte Abholzung und der Verlust

Maristella Svampa ist Soziologin und Autorin. Sie ist Forschungsleiterin am Centro Nacional de Investigaciones Científicas de Argentina und ordentliche Professorin an der Universidad Nacional La Plata, Provinz Buenos Aires, Argentinien. Zuletzt von ihr erschienen sind: *El muro* (Roman, 2013); *Maldesarrollo. La Argentina del extractivismo y el despojo* (Fehlentwicklung: Extraktivismus und Ausplünderung Argentinien, 2014), als Mitautorin; sowie: *20 mitos y realidades del fracking* (20 Mythen und Wahrheiten über Fracking, Sammelband, 2014).



an biologischer Vielfalt, die Vertreibung der Bevölkerung und die Kriminalisierung von Kleinbauern und Indigenen bis hin zu deren Ermordung. Drittens: der massive Einsatz des Herbizids Glyphosat und dessen negative Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen.

Es ist nicht einfach, in Argentinien eine Debatte über Alternativen zum vorherrschenden Agrarmodell in Gang zu bringen. Gesellschaftlich stark verwurzelte Vorstellungen, die eng mit der Geschichte Argentiniens als Agrarexportland verwoben sind und die auf Wachstum und wirtschaftlichen Wohlstand setzen, sind dabei ein großes Problem. Ebenso die Wirtschaftskrise, von der die «Chacareros» (kleine und mittlere Grundeigentümer mit Betriebsgrößen von 200–300 Hektar und Pachtbauern) betroffen sind. Sie spielen im traditionellen Agrarsystem eine zentrale Rolle im Ackerbau und in der Viehwirtschaft. Die in der Vergangenheit stets ignorierte Kleinbauernproblematik spielt ebenso eine Rolle.

Anders als in den übrigen lateinamerikanischen Ländern führte das Agrarexportmodell Argentiniens dazu, dass bestimmten sozialen Akteuren im Agrarsektor keine Bedeutung beigemessen wurde. Erst Mitte der 1980er Jahre, mit dem Entstehen der Kleinbauernbewegung von Santiago del Estero (MOCASE), kann man eine Wiederaufwertung des Begriffs «Bauer» beobachten³. Schon bald folgten die Bauernbewegung von Córdoba, die Bauernbewegung von Formosa, das Puna-Netzwerk (*Red Puna*) u. a. Mittlerweile haben sich diese Organisationen in der 2003 gegründeten Nationalen Kleinbauern- und Indigenenbewegung (*Movimiento Nacional Campesino e Indígena*, MNCI) zusammengeschlossen. Diese wiederum ist Teil

der Lateinamerikanischen Koordination der ländlichen Organisationen (CLOC). Alle diese Bewegungen haben sich die Familienlandwirtschaft, das Gemeinschaftsrecht und eine nachhaltige Landbewirtschaftung (Agrarökologie) auf die Fahne geschrieben. Ihr gemeinsames Ziel ist die Ernährungssouveränität.

Konfliktfeld Agrarökologie

Der heftige Disput um die Exportabgaben auf Sojabohnen zwischen der Regierung Cristina Fernández de Kirchner und der Agrarindustrie im Jahr 2008 markierte insofern einen Umbruch, als er eine Reihe von Akteuren des Agrobusiness auf die politische Bühne brachte und den Blick der Öffentlichkeit auf die Bauernorganisationen lenkte. Dennoch werden Alternativen bislang wenig diskutiert, auch wenn die Agrarökologie als alternatives Modell weiter an Bedeutung gewinnt. Und zwar in dem Maße, in dem sie beständigere, ökologisch sinnvollere und robustere Formen der Landwirtschaft entwickelt, die die biologische Vielfalt begünstigen und gleichzeitig eine neue Art von Lokalentwicklung fördern, die von der Nähe zwischen Erzeugern und Verbrauchern geprägt ist.

Dieser Ansatz wird von verschiedenen kritischen Akteuren, NGO-Netzwerken, Kleinbauern- und Indigenenbewegungen verfolgt. Seit 2008 beruft sich auch die Regierung auf die Agrarökologie, und zwar mit einer Reihe von Programmen, die sich direkt an die Kleinbauern richten. 2007 wurde das Staatssekretariat für Familienlandwirtschaft gegründet, das 2008 in allen Provinzen Vertretungen einrichtete. Außerdem entstand das Forschungszentrum für Familienlandwirtschaft (CIPAF), das dem

Nationalen Institut für Landwirtschaftstechnik (INTA) untersteht und die Entwicklung, Anpassung und Zertifizierung von Technologien zum Zweck hat, die der nachhaltigen Entwicklung der Familienlandwirtschaft dienen sollen. Die Gründung dieser staatlichen Einrichtungen bedeutete eine symbolische Anerkennung der Bauernorganisationen und brachte im Vergleich zur Politik der Vorgängerregierungen den Familien eine gewisse wirtschaftliche Entlastung.

Der agrarökologische Vorstoß der Regierung hat verschiedene Debatten und Interpretationen ausgelöst. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die die Strategie der Regierung befürworten und in der Agrarökologie einen Schlüssel zur Integration der Kleinbauernorganisationen und vulnerabler Bevölkerungsgruppen sehen – auch wenn dies in einem asymmetrischen gesellschaftlichen Kontext geschieht. Ein Großteil der Bauernbewegungen unterstützte die Regierung Cristina Fernández de Kirchner hierbei und trat – wenn auch nicht durchgängig und überall gleich entschlossen – den Kritikern entgegen.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die den Autonomieverlust der Bauernbewegungen kritisch sehen: Deren Lage unterscheidet sich nicht allzu sehr von der anderer vulnerabler Bevölkerungsgruppen, die soziale Transferleistungen empfangen. Dies verdeutlicht lediglich deren Abhängigkeit vom Staat, bedeute aber nicht die tatsächliche Inklusion und Autonomie der Einzelnen und der Familien.⁴ Die Programme stellen keine Verknüpfung zwischen Steuer- und Kreditpolitik, zwischen Ernährungs- und Bodenpolitik her. Sogar Experten wie Javier Sousa Casadhino bestätigen, dass «bei der Politik des Staates ein Widerspruch besteht zwischen dem Festhalten am exportorientierten Agrobusiness mit seinen Monokulturen als Säule des derzeitigen Wirtschaftsmodells einerseits, und der punktuellen Förderung der Familienlandwirtschaft auf agrarökologischer Basis andererseits».⁵

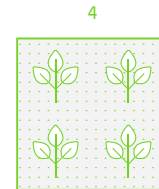
Im Gegensatz zu anderen Ländern Lateinamerikas taucht das Thema Agrarreform in der Debatte um Alternativen letztlich gar nicht auf. Inmitten zunehmender sozialer Konflikte wurde 2006 das Gesetz 26.160 verabschiedet, das Zwangsräumungen von bäuerlichen und indigenen Gemeinschaften untersagt und die Durchführung einer Bodenbestandsaufnahme anordnet, um Landansprüche zu legalisieren; nichtsdestotrotz kam es zu weiteren Zwangs-

Schlüsselzahlen der argentinischen Soja-Ökonomie

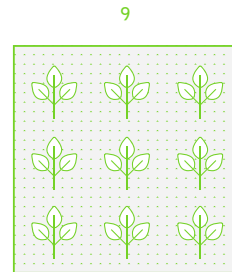
Quelle: USDA, FAOSTAT, INDEC

Sojabohnen-Felder in Millionen Hektar

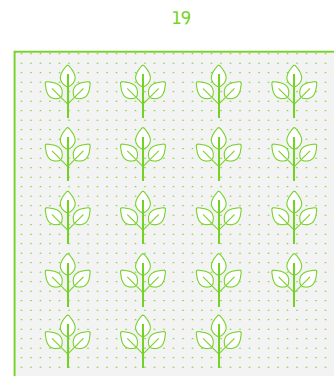
1988



2000



2012



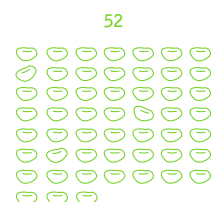
Sojabohnen-Ernte in Millionen Tonnen



1988



2000

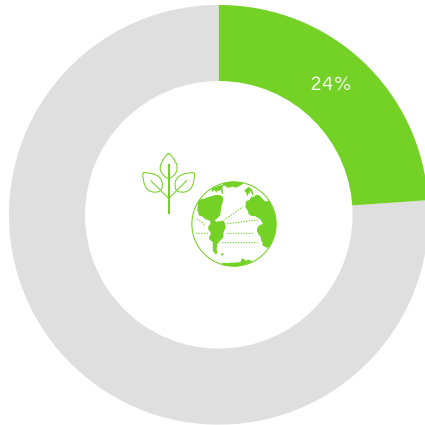


2012

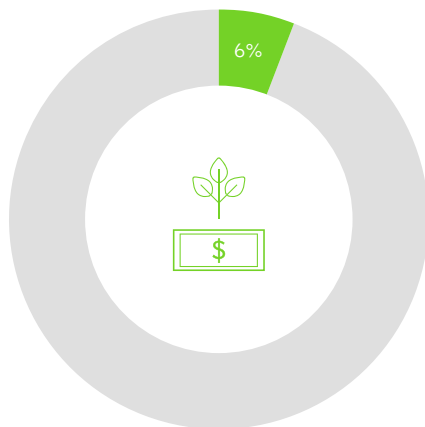
Schlüsselszahlen der argentinischen Soja-Ökonomie

Quelle: USDA, FAOSTAT, INDEC

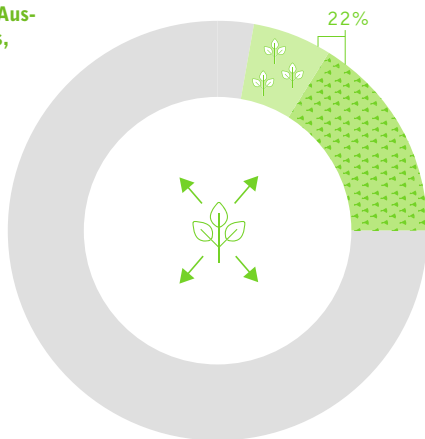
Anteil Argentiniens (in Tonnen) am Welt-handel mit Soja, 2012



Steueranteil der Sojaexporte an gesamten Ausfuhrsteuern Argentiniens, 2011



Anteil der Sojaexporte (in Tonnen) an den Aus-fuhren Argentiniens, 2012



■ Futter
■ Unverarbeitet nach China

räumungen und etlichen gewaltsamen Zwischenfällen, die in der Ermordung von MOCASE-Mitgliedern gipfelten.

Argentinien befindet sich also gegenwärtig in einer paradoxen und zugleich dramatischen Lage. Paradox, weil die von der Regierung beschnittene Autonomie der Bauernbewegungen sowie die unterschiedlichen und wechselhaften Positionierungen und die Widersprüche innerhalb der Bauernbewegungen die Konsolidierung eines kritischen Sektors hemmen, der sich auf die Reflexion von gegenhegemonialen Alternativen zum Modell des Agrobusiness konzentriert. Dramatisch, weil die lebensmittelproduzierende Landwirtschaft und Agrarindustrie angesichts der Ausweitung der extraktiven Grenzen – insbesondere von Soja, aber auch des Mega-Bergbaus und seit 2012 der Schiefergas-Förderung durch Fracking – drastisch zurückgedrängt werden und letztlich sogar ganz verschwinden könnten.

Und schließlich ist zu bedenken: Mit einer Regierungspolitik, die tendenziell soziale Bewegungen vereinnahmt und bevormundet, birgt die Verortung der Agrarökologie als soziale Ausgleichsstrategie für marginalisierte Bevölkerungsgruppen im expansiven Agrobusiness-Modell die Gefahr, mögliche Wege eines alternativen Paradigmas zu verfälschen oder sogar zu verhindern. ■■■

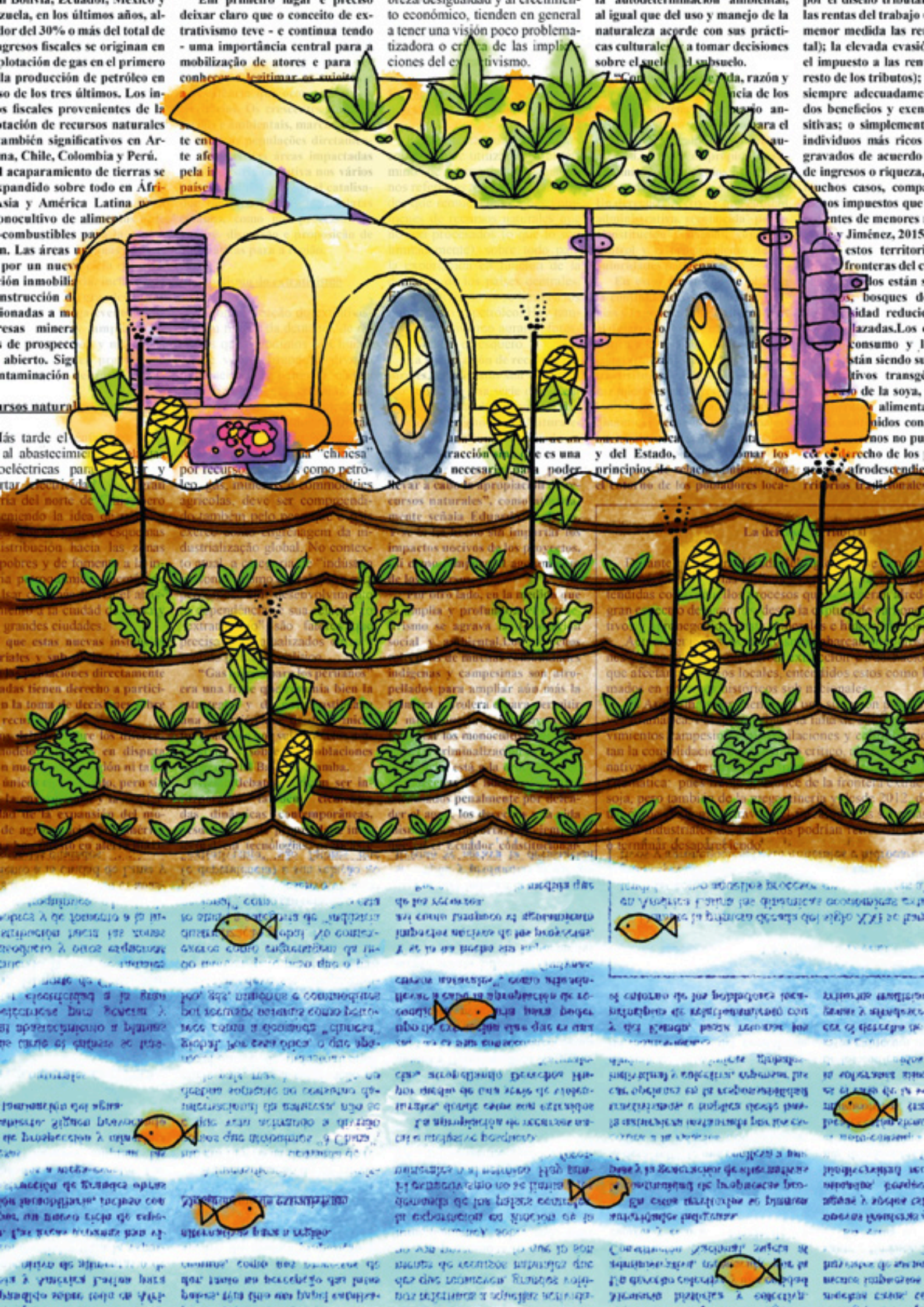
¹ Hidalgo F., Francisco (2014): *Contextos y tendencias de las agriculturas en Latinoamérica actual*, in: Hidalgo F., Francisco/ Houtard, François/ Lizárraga A., Pilar (Hrsg.): *Agriculturas campesinas en Latinoamérica. Propuestas y desafíos*, Buenos Aires.

² Grain (2013): *La república unida de la soja recargada*, <http://es.slideshare.net/ramoncopa/la-republica-unida-de-la-soja-recargada>, 25.2.2015.

³ Barbeta, Pablo (2009): *El derecho distorsionado. Una interpretación de los desalojos campesinos desde un análisis del campo jurídico*, in: Gras, Carla/ Hernández, Valeria: *La Argentina rural. De la agricultura familiar a los agronegocios*, Buenos Aires.

⁴ Vgl. Giarracca, Norma/ Teubal, Miguel (2014): *Actividades extractivas en expansión. ¿Reprimarización de la economía argentina*, Buenos Aires; Rulli, Jorge/ Mendoza, Maximiliano (GRR) (2013): *La «sintonía final» del modelo sojero: Cristina Kirchner, Rockefeller, Monsanto y la nueva oligarquía agroindustrial*, <http://bit.ly/1UjDTmR>, 25.3.2015; Svampa, Maristella/ Viale, Enrique (2014): *Maldesarrollo. La Argentina del extractivismo y el despojo*, Buenos Aires.

⁵ Souza Casadinho, Javier (2014): *La agroecología: bases científicas, historia local y estrategias productivas en la construcción de un espacio de desarrollo integral, ético y humano*, in: Hernández, Valeria et al. (Hrsg.): *La agroecología en Francia y en Argentina. Miradas cruzadas*, Buenos Aires.



Zwischen Wasserkraft und Petrodollar

Demokratische Energie-Governance in Peru als Herausforderung

Carlos Monge

Aktueller Hintergrund

Peru ist kein Energieerzeuger von weltweiter oder regionaler Bedeutung. Dennoch verfügt das Land über eine große Vielfalt an Energiequellen, darunter Erdöl, Gas und Wasserkraft, sowie ein beträchtliches Potenzial für den Ausbau nicht konventioneller erneuerbarer Energien wie Kleinwasserkraft, Wind- und Sonnenenergie. Bei all diesen Optionen stehen strategische Entscheidungen darüber an, wozu und für wen diese Energiequellen nutzbar gemacht und von wem sie verwaltet werden sollen.

Im vergangenen Jahrzehnt ist der Gesamtenergieverbrauch in Peru von 450.000 TJ¹ auf etwas über 700.000 TJ angestiegen. Gründe hierfür sind das allgemeine Wirtschaftswachstum und die Ausweitung der Energieversorgung auf neue – vor allem ländliche – Gebiete, die bisher davon ausgeschlossen waren.

Mit der Zunahme des Energieverbrauchs veränderte sich auch der Energiemix. Die fossilen Energieträger Öl und Gas spielen nach wie vor eine zentrale Rolle, doch vor allem Gas nimmt mittlerweile einen erheblich höheren Stellenwert ein: 2014 entfielen 13% des Endverbrauchs auf diesen Energieträger; bis 2025 soll sein Anteil auf 35% ansteigen. Gas wird noch wichtiger, wenn man bedenkt, dass ein Großteil des Stroms (19% des Endverbrauchs nach Energieträger) dadurch erzeugt wird. Demgegenüber verlieren Erdölprodukte wie Diesel, Motorenbenzin, Turbinenkraftstoff und Schweröl sowie traditionellere Energieträger wie Brennholz, Holzkohle und Bagasse an Bedeutung.

Zwar sinkt der prozentuale Anteil des Erdöls an der Energieerzeugung sowie der

Erdölprodukte am Energieendverbrauch, doch in absoluten Zahlen steigt der Konsum weiterhin an. Um Importe zu vermeiden, haben die letzten peruanischen Regierungen eine ausgesprochen aggressive Konzessionspolitik für Erkundungs- und Ausbeutungsvorhaben verfolgt, so dass mittlerweile bereits 27 Millionen Hektar Land an Erdölfirmen vergeben sind. Dies entspricht fast einem Fünftel der Gesamtfläche des Landes (einschließlich eines Großteils von Amazonien). Die Ausweitung der für die Erdöl erkundung konzessionierten Flächen hat zu zahlreichen Konflikten mit der indigenen Bevölkerung der Amazonasregion und auch mit Bevölkerungsgruppen an der Küste geführt.²

Große Entscheidungen stehen an

In diesem energiepolitischen Kontext steht Peru vor einigen zentralen Entscheidungen, die für die Governance des Landes eine große Herausforderung darstellen.

Erdgas aus dem Camisea-Projekt

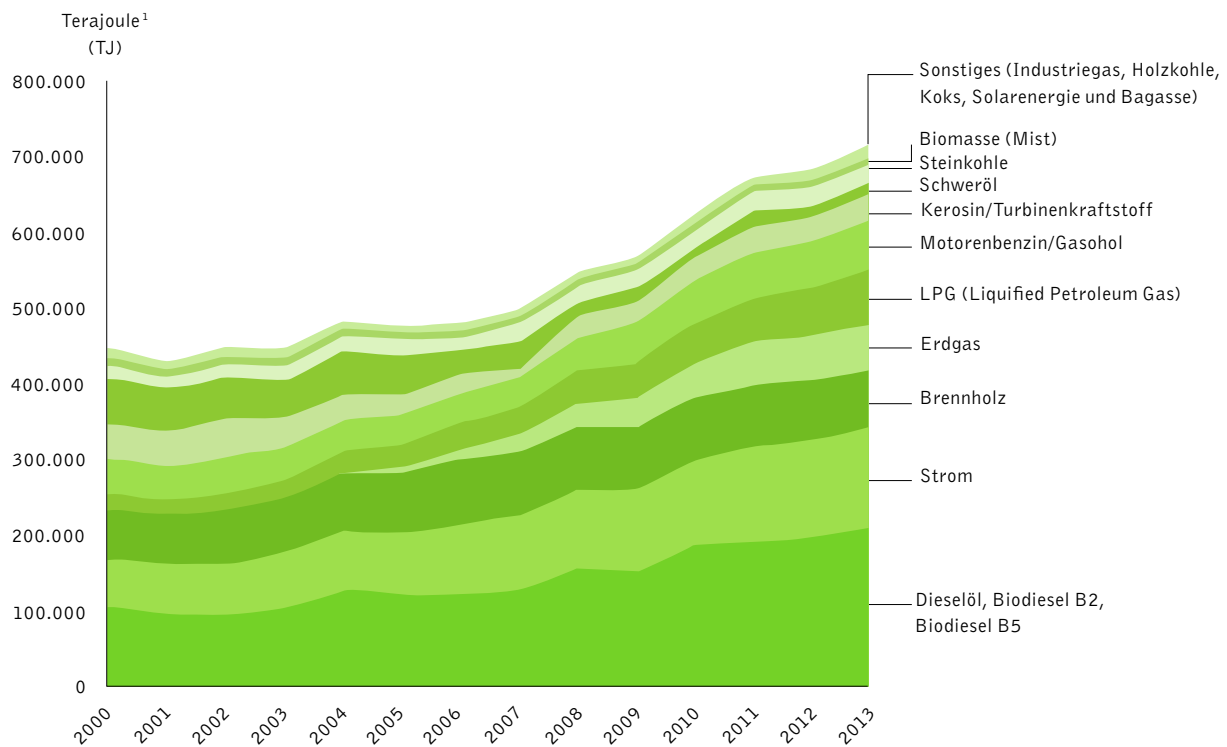
Derzeit wird die Hälfte des Camisea-Gases zur Erzeugung von Energie für den Binnenmarkt genutzt, die andere Hälfte wird exportiert. Gleichzeitig wird offen darüber debattiert, was in Zukunft mit diesem Gas geschehen und ob die Ausfuhr weiterhin erlaubt sein soll.

Allem Anschein nach möchte die Regierung alle gegenwärtigen und potenziellen Nachfrager befriedigen. So versucht sie, weiterhin Energie für Lima bereitzustellen und das Stromnetz zu beliefern. Gleichzeitig soll der Export fortgesetzt und die Gaspipe-

Carlos Monge hat einen Bachelor in Anthropologie der Katholischen Universität von Peru und einen Doktor in Lateinamerikanischer Geschichte, Universität Miami, USA. Er war Mitglied im Internationalen Vorstand der Extractive Industries Transparency Initiative. Aktuell ist er Regionalkoordinator für Lateinamerika am Natural Resource Governance Institute in Peru sowie Forschungsmitglied des peruanischen Zentrums für Entwicklungsforschung und -förderung, DESCO. Über seine Forschung zu extraktiven Industrien hinaus unterstützt er im selben Themenbereich zivilgesellschaftliche Institutionen und leistet technische Assistenz für die Regierung.

Endenergieverbrauch 2000–2013 nach Energieträgern

Quelle: <http://bit.ly/1JL09xi>



Struktur des Endverbrauchs nach Energieträger: 2014–2025 (Prognose)

Quelle: <http://goo.gl/b8zJiM>

Energieträger	2014	2025 – BIP 4,5%	2025 – BIP 6,5%
Strom	19%	18%	20%
Erdgas	13%	35%	35%
Dieselöl	28%	19%	18%
LPG (Flüssiggas)	10%	12%	12%
Motorenbenzin	8%	4%	4%
Turbinenkraftstoff	5%	4%	4%
Schweröl	2%	0%	1%
Steinkohle und Derivate	3%	3%	3%
Biomasse (Mist)	1%	1%	0%
Holzenergie*	11%	4%	3%
Total	100%	100%	100%

* Brennholz, Holzkohle und Bagasse

line im Süden zur Versorgung der südlichen Andenregion gebaut werden. Petrochemische Großprojekte und Wärmekraftwerke zur Stromerzeugung und -ausfuhr in die großen Bergbauregionen im Norden Chiles sollen ebenfalls abgedeckt werden.

Um all diesen Interessen gerecht zu werden, wird immer mehr Gas benötigt. Die Regierung ist deshalb bestrebt, die Erkundung nach fossilen Brennstoffen in der Amazonasregion zu erleichtern, indem sie Umweltbestimmungen lockert und Regierungsbeamte zum Rücktritt zwingt, wenn diese die Politik nicht mittragen. So geschehen im Fall des Vizeministers für interkulturelle Fragen Pablo Vilca: Er hatte 83 Stellungnahmen zur Umweltverträglichkeitsstudie über die geplante Ausweitung der Gaserkundung im Block 88 des Camisea-Feldes durch den argentinischen Ölkonzern Pluspetrol eingereicht. Von diesem Vorhaben sind insbesondere noch nicht entdeckte und zurückgezogen lebende indigene Völker betroffen. Der Vizeminister wurde jedoch von der Regierungsspitze derart unter Druck gesetzt und zur Änderung des Gutachtens gedrängt, dass er schließlich zurücktrat. Mit ihm ging auch Justizminister Luis Peirano. Die Nachfolger brachten einen neuen Bericht heraus, der den Interessen von Pluspetrol wesentlich weiter entgegenkam.³

Die Spitzenverhandlungen bleiben undurchsichtig, und die Bevölkerung erfährt lediglich von den Ergebnissen, wenn die Entscheidungen längst gefallen sind.

Insgesamt wurden und werden noch immer Entscheidungen zum Camisea-Gas getroffen, die sich auf ein ganzes Spektrum gesellschaftlicher Gruppen und Regierungsinstanzen in verschiedenen Territorien des Landes auswirken: indigene Völker, die in den gegenwärtigen und potenziellen Gasfördergebieten leben; Bevölkerungsgruppen der südlichen Andenregion, die in erster Linie von dieser sauberen und kostengünstigen Energie profitieren sollten, jedoch nach wie vor keinerlei Nutzen daraus ziehen; die Bewohner Limas und anderer Großstädte, die aus der aggressiven Ausweitung der Gasförderung Vorteile ziehen könnten, indem sie Zugang zu billigerer Energie erhalten und die Luftverschmutzung verringert wird; die Bürgerinnen und Bürger, die mit ihren Stromrechnungen die

staatlichen Garantien für die Unternehmen finanzieren, um deren Profitrate abzusichern; Regional- und Lokalregierungen der Gebiete, in denen Gas und seine Derivate produziert, transportiert und genutzt werden. Sie tragen die Verantwortung für das, was in ihren Territorien geschieht bzw. nicht geschieht, und sie können von den erzielten Gewinnen profitieren oder auch nicht.

Alle diesbezüglichen Entscheidungen wurden jedoch von der Regierungsspitze hinter verschlossenen Türen in direkten Verhandlungen mit den Großunternehmen des Camisea-Konsortiums getroffen, die bereits an dem Vorhaben beteiligt bzw. potenziell interessiert sind. Kein einziges Mal wurden die indigenen Völker, die Regional- und Lokalregierungen, die armen Bevölkerungsgruppen der südlichen Anden, die Bewohner/innen der Städte und ihre Behörden oder die Stromverbraucher/innen zur Entscheidung darüber aufgefordert, was am besten mit dem Gas getan werden sollte. Die Spitzenverhandlungen bleiben wie immer undurchsichtig, und die Bevölkerung erfährt lediglich von den Ergebnissen, wenn die Entscheidungen längst gefallen sind.

Wasserkraft

Peru verfügt an beiden Hängen der Anden über ein großes Potenzial zur Erzeugung hydroelektrischer Energie. Hier stehen zwei Optionen zur Wahl: Entweder das Land wird zu einem Nettoexporteur von hydroelektrischer Energie gemacht, um den Bedarf der Nachbarländer, insbesondere Brasiliens, zu decken. Oder es wird in direkter Ausrichtung auf den lokalen und regionalen Energiebedarf massiv in kleine, umweltfreundliche und sozialverträgliche Wasserkraftwerke investiert.

Offensichtlich handelt die peruanische Regierung nach der ersten Option. So unterzeichnete beispielsweise Präsident Alan García 2010 ein Energieabkommen mit der brasilianischen Regierung. Dort sind der Bau des Inambari-Staudamms und weitere hydroenergetische Großprojekte am Osthang der peruanischen Anden vorgesehen, um Brasilien mit Strom zu versorgen.⁴

Aus diesem Abkommen ergeben sich mehrere Probleme: So sind unter anderem Bau und Betrieb dieser Megaprojekte mit schwerwiegenden sozialen und ökologischen Folgen für die betroffenen Gebiete verbunden. Der Löwenanteil des Gewinns bleibt überdies in Brasilien (Brasilien stellt das notwendige Kapital bereit, brasiliani-

sche Unternehmen übernehmen Bau und Verwaltung; Peru bezahlt und trägt das Erbe veralteter Staudämme und Systeme nach jahrzehntelanger Nutzung); das Land verliert seine Souveränität (Verzicht auf Neuverhandlung der Verträge) und die Vorhaben sind in keine Strategie zur Energiesicherheit eingebettet etc.⁵

Auch wenn dieses Abkommen durch die Proteste von Regional- und Lokalregierungen und zivilgesellschaftlichen Netzwerken gestoppt werden konnte, wurden die Erstverhandlungen von der peruanischen und brasilianischen Regierung und sicherlich auch von den interessierten brasilianischen Unternehmen betrieben. Weder die für die fraglichen Territorien zuständigen subnationalen Behörden noch die von diesen Maßnahmen direkt betroffene lokale Bevölkerung – darunter mehrere indigene Völker – wurden auch nur ein einziges Mal gefragt.

Petroperú

Anfang der 1990er Jahre wurde das Staatsunternehmen Petroperú teilprivatisiert. Nur der Betrieb der Ölpipeline, die Talara-Raffinerie und die für die Privatinvestoren unattraktive Vermarktung von Benzin und anderen Derivaten blieben in staatlicher Hand. Für die großen Wirtschaftsunternehmen und die politische Rechte in Peru besteht kein Zweifel daran, dass die Privatisierungsentscheidung richtig war und sogar alles hätte privatisiert werden sollen, denn in ihren Augen sind Staatsbetriebe per se abzulehnen.⁶

Viele Fachleute und Staatsbedienstete hingegen sind anderer Meinung. Sie stützen sich dabei auf die Tatsache, dass sowohl in der Region als auch weltweit die meisten Länder staatliche Unternehmen besitzen und diese einen Großteil der Produktion und Vermarktung kontrollieren.⁷ Um in nicht allzu weiter Ferne und auch nicht nur nach Beispielen fortschrittlicher Regierungen zu suchen: Kolumbien besitzt das Staatsunternehmen Ecopetrol und Chile – mit seiner nur geringen Produktion – ENAP, abgesehen natürlich von dem staatlichen Kupferunternehmen CODELCO.

Die peruanische Regierung unter Präsident Humala hat in diesem Bereich einen politischen Schlingerkurs verfolgt. Die jüngste Entscheidung der Aktionärsversammlung des Unternehmens, den Zusammenschluss mit dem Privatunternehmen Graña y Montero zur Ausbeutung von Ölquellen an der Nordküste nicht zu genehmigen, deutet jedoch darauf hin, dass

sich die Gegner von Petroperú durchgesetzt haben. Das Staatsunternehmen wird sich in Zukunft darauf beschränken müssen, die Modernisierung der Talara-Raffinerie voranzutreiben.

Da die Biodiversität heute weder der Privatwirtschaft noch dem Staat große Einnahmen verschafft, werden Aktivitäten vorangetrieben, die sofortige Gewinne abwerfen, auch wenn dabei die Amazonasregion als solche und die dort lebenden Menschen gefährdet werden.

Abgesehen vom Ausgang dieses Konflikts ist und bleibt es ein Konflikt an der obersten Führungsspitze. Wieder einmal wurde keine Regional- oder Lokalregierung und keine gesellschaftliche Organisation aus den Gebieten, in denen Petroperú möglicherweise tätig wird, auch nur ein einziges Mal zu diesen Beschlüssen befragt.

Gesamte Amazonasregion

Viele Entscheidungen, die zum Thema Energie getroffen werden (und ebenso auch zum Bergbau, zu agroindustriellen Plantagen oder Verkehrsgroßprojekten), zeugen von Unkenntnis oder – schlimmer noch – von mangelndem Interesse an den möglichen Auswirkungen auf die Amazonasregion und die dort lebenden Menschen, insbesondere die indigene Bevölkerung. Auch werden bestehende, nachhaltigere Nutzungsmöglichkeiten für die in der Region vorhandenen Ressourcen kaum in Betracht gezogen.

In den Entscheidungen des peruanischen Staates und der einheimischen und ausländischen Unternehmereliten dominiert die Vorstellung von Amazonien als reinem Energielieferanten (und Lieferanten von Mineralien und Agrarrohstoffen) sowie als Quelle staatlichen Profits. Da die indigene Bevölkerung mit ihren Tätigkeiten kaum den Interessen des Großkapitals entspricht und auch keine nennenswerten Steuerzahlungen leistet, bleiben ihre Rechte, ihre Interessen und ihre Existenz an sich unbeachtet. Da die Biodiversität heute weder der Privatwirtschaft noch dem Staat große Einnahmen verschafft, werden Aktivitäten vorangetrieben, die sofortige Gewinne abwerfen, auch wenn dabei die Amazonasregion als solche und die dort lebenden Menschen gefährdet werden.

Natürlich spiegelt diese Vorstellung die Sicht der Großunternehmer und des Ren-

tenstaates wider. Sie wurde aber niemals mit den subnationalen Behörden und erst recht nicht mit den indigenen Völkern diskutiert, obwohl aus einigen subnationalen Räumen der Amazonasregion «Entwicklungs»-Strategien erarbeitet wurden, bei denen die Förderung extraktiver Aktivitäten vermieden wird.

Die Herausforderung: demokratische Ressourcen- Governance in den Territorien

Alles in allem besteht in Peru ein ernstes Problem bei der Governance von Energie und Naturressourcen. Worum geht es? Es geht darum, dass man hartnäckig an einem System festhält, in dem die Entscheidungsfindung auf einige wenige Bereiche der Zentralregierung konzentriert bleibt, das andere Sektoren dieser Zentralregierung ignoriert oder aber zu Vasallen macht. Dies gilt auch für die subnationalen Regierungen und die Bevölkerungsgruppen, die in den von diesen Entscheidungen betroffenen Gebieten leben.

Sowohl die Unternehmen als auch die politischen Eliten in Peru stützen sich bei Entscheidungen über Energiefragen und Naturressourcen nach wie vor auf einen institutionellen Rahmen, der in den 1990er Jahren von der Fujimori-Regierung geschaffen wurde. Hierbei lagen die Entscheidungsbefugnisse über extraktivistische Aktivitäten und auch die Verhandlung und Kontrolle der vereinbarten Bedingungen in den Händen der Spitzenbehörden des Energie- und Bergbauministeriums sowie des Wirtschafts- und Finanzministeriums.

Die politische Rechte, die Privatwirtschaft und die neoliberalen Technokraten verweigern sich mit ihrem hartnäckigen Festhalten an diesem zentralistischen institutionellen Rahmen der Einsicht, dass es heute das Umwelt- und auch das Justizministerium gibt (einschließlich des Vizeministeriums für interkulturelle Fragen, das die Rechte der indigenen Völker zu wahren hat). Sie ignorieren auch, dass es Regional- und Lokalregierungen gibt und ein Dezentralisierungsprozess im Gange ist. Ferner dass ein Konsultationsgesetz verabschiedet und Beteiligungsverfahren geschaffen wurden. Sie weigern sich also zu verstehen, dass diese sektoralen und subnationalen Instanzen und auch die direkt betroffenen Bevölkerungsgruppen ein Recht auf Beteiligung an den Entscheidungen zu den Themen Energie und Naturressourcen haben.

Damit solche Entscheidungen dem allgemeinen Interesse dienen, muss der Aufbau von Governance-Strukturen mit breit gefächerten Sektoren, Ebenen und Akteuren vorangetrieben werden. Es geht also darum, ein Entscheidungssystem zur Energie- und Ressourcenpolitik aufzubauen, das über das Gestaltungskonzept von 1990 hinausgeht und die Ministerien für Umwelt und Justiz, die Regional- und Lokalregierungen und ebenso auch die lokale Bevölkerung mit einbezieht. Nur dann kann von demokratischer Governance mit territorialer Perspektive die Rede sein, wenn alle Akteure und Institutionen eines betroffenen Territoriums beteiligt sind, d. h. alle, die in dem jeweiligen Gebiet leben, oder die dafür Verantwortung tragen und/oder von den Auswirkungen der Ausbeutung der Rohstoffe betroffen sind.⁸

Demokratische Governance mit territorialer Perspektive – hierin liegt für Peru die zentrale Herausforderung für das Energie- und Ressourcenmanagement im 21. Jahrhundert. ■■■

¹ TJ = Terajoule, Maßeinheit für Energie. 1 TJ ≈ 278 Megawattstunden

² Defensoría del Pueblo: <http://bit.ly/1hWtlco> (18.8.2015)

³ La República: <http://www.larepublica.pe/26-07-2013/vilca-renuncia-a-cultura-por-tema-del-lote-88> (18.8.2015); Servindi: <http://servindi.org/actualidad/97875> (18.8.2015)

⁴ Vgl. Energieabkommen: <http://bit.ly/1NKpz2A> (18.8.2015)

⁵ Vgl.: <http://es.scribd.com/doc/85358272/Pronunciamiento-Acuerdo-Energetico-Comprometeria-La-Seguridad-Energetica-A-Del-Pais-El-Medio-Ambiente-y-La-Paz-Social> (18.8.2015)

⁶ Vgl. El Comercio: <http://bit.ly/1N6WWws> (18.8.2015)

⁷ Vgl. El Comercio: <http://elcomercio.pe/opinion/colaboradores/discutamos-futuro-petro-peru-humberto-campodonico-noticia-1783368> (18.8.2015)

⁸ Vgl. Monge, Carlos (2013): *Las Industrias Extractivas y la Gobernanza Democrática de los Territorios*, in: Quehacer N° 190, April-Juni, Lima.

processos
e proposição de
a região.

extrativismo

ação do extrativis-
da demanda de re-
tribuímos "à China",
acirrando a divisão
da natureza, não se
ente ao consumo da-
mas à sua função no
da industrialização
essa ótica, o que apa-
o a demanda "chinesa"
s naturais como petró-
s, minérios e commodities
s, deve ser compreendi-
bém pelo peso que o país
como engrenagem da in-
dustrialização global. No contex-
ual, a categoria de "indústria
onal", como em relação a esta
samos em desenvolvimento
dependência) e sua relação ao
extrativismo" são fatores que
precisam ser analisados em seu
entido prático e político.

"Gastarato para los peruanos
era una frase que resumía bien la
estrategia, y de paso justificaba
una inversión que desde el inicio
fue polémica por sus impactos am-
bientales y sobre las poblaciones
indígenas del alto Orinambo.

Nesse debate precisam ser in-
corporados também elementos
das dinâmicas contemporâneas
desde o peso da propriedade
leitoral em tecnologias, práticas
produtivas a criação de
integração vertical (como nos bio-
combustíveis) as cadeias globais va-
valor e de subprodutos (chains),
lue chains e global supply
assim como a dimensão da logística
e infraestrutura - tanto física
territórios, como virtual, em tec-
nologia da informação e serviços
financeiros - para viabilizar a cir-
culação das mercadorias.

limitadamente), sobre
la exportación en función de
la demanda de los países centrales.
El extractivismo no se limita a los
minerales o al petróleo. Hay tam-
bién extractivismo agrario, fores-
tal e inclusive pesquero.

La apropiación de recursos na-
turales, donde estos son extraídos
por medio de una serie de violen-
cias, atropellando Derechos Hu-
manos y Derechos de la Naturale-
za, "no es una consecuencia de un
tipo de extracción sino que es una
condición necesaria para poder
llevar a cabo la apropiación de re-
cursos naturales", como atinada-
mente señala Eduardo Gudynas.
Y se lo ha hecho sin importar los
impactos nocivos de los proyectos,
así como tampoco el agotamiento
de los recursos.

Por otro lado, en la medida que
se amplía y profundiza el extrac-
tismo se agrava la devastación
social y ambiental de los derechos
colectivos de muchas comunidades
indígenas y campesinas son atro-
peados para ampliar aún más la
frontera petrolera o para permitir
la megaminería o inclusive para
fomentar los monocultivos de todo
tipo. La criminalización de pro-
testas

En nuestra opinión, la única
salida es incorporar a todos estos
sectores y niveles de gobierno jun-
to con las poblaciones involucra-
das en un nuevo sistema de toma
de decisiones que sea simultánea-
mente multi-sector, multi-nivel y
multi-actor. Hablamos entonces de
gobernanza democrática territorial en

la continuidad de alternativas
pias y la generación de alternativas
al desarrollo, lo que conlleva a una
crítica a la relación destructiva de
la naturaleza instaurada por los ex-
tractivismos, e implica desde bus-
car opciones en la responsabilidad
individual y colectiva, repensar las
dinámicas económicas globales-
nacionales-locales del capitalismo
y del Estado, hasta retomar los
principios de relacionamiento con
el entorno de los pobladores loca-

La defensa

Durante la primera década d
en América Latina las dinámicas
tendidas como aquellos proces
gran espectro de recursos: des
tivos y agronegocios, hasta m

Actualmente los extracti-
nes y procesos de explotación
que afectan territorios local
mados en procesos historic
La Argentina se encuen
vez dominantes. Paradójica
vinieron los campesinos, su
tan la consolidación de u
nativas contra-hegemón
Dramático, pues frente
sejos pero también de l
ción de masas a t
y agroindustriales de
o terminar desapareci

es todo ligado a una c
la permanencia en un
De esta forma, el tr
tico y de ciudades jun
raleza, son tratados c
nalidad del modelo e
sideradas como recu
para la explotación

Definitivament
peor aún profund
vismo, no se enc
este complejo di
ricas en recurs
la vez empobre

Zeit für Reformen:

Finanzpolitik und Steuersysteme in Lateinamerika¹

Miguel Ángel González und Juan Pablo Jiménez

Miguel Ángel González hat einen Bachelor in Business Engineering mit Wirtschaftsschwerpunkt an der Universidad de Chile, Santiago de Chile, und arbeitet als wissenschaftlicher Assistent in der Abteilung für wirtschaftliche Entwicklung der CEPAL. Mitarbeit mit Juan Pablo Jiménez an den Publikationen *Desigualdad, concentración del ingreso y tributación sobre las altas rentas en América Latina*, und *El impacto fiscal de la explotación de los recursos naturales no renovables en los países de América Latina y el Caribe*, beide CEPAL, Santiago de Chile, 2015.

Juan Pablo Jiménez ist Mitarbeiter der Abteilung für wirtschaftliche Entwicklung der Wirtschaftskommission für Lateinamerika und Karibik (CEPAL) in Santiago de Chile. Er war Professor an der School of International and Public Affairs (SIPA) der Columbia University in New York und an der Universidad de Buenos Aires. Vorher arbeitete er u. a. als Direktor des CEPAL-Büros in Montevideo, im argentinischen Wirtschaftsministerium und als Gastdozent beim IWF. Zudem war er Berater verschiedener internationaler Organisationen wie Weltbank, IWF, UNDP, UNICEF und Interamerikanische Entwicklungsbank. Er ist Autor diverser Publikationen zu Steuerpolitik und -systemen, Sozialpolitik, Steuerföderalismus und Dezentralisierung.

Im vergangenen Jahrzehnt haben die meisten lateinamerikanischen Staaten eine beispiellose Phase steigender Finanzerlöse erlebt. Sie wurden sowohl durch zunehmende Steuerlasten als auch einen Zuwachs an nichtsteuerlichen Einnahmen erzielt. Diese Entwicklung trug je nach Region und Land sehr spezifische Züge. In vielen Fällen führte sie zu mehr finanzpolitischem Handlungsspielraum und trug in erheblichem Maße dazu bei, dass Lateinamerika mit seinem anhaltenden Wachstum, einer Verbesserung der öffentlichen Finanzen und der Verringerung der Ungleichheit außerordentliche Leistungen vorzuweisen hatte.

Die internationalen Veränderungen während der letzten Monate, vor allem aber der massive Preisverfall für Primärerzeugnisse und die vielfältigen und noch lange nicht bewältigten nationalen Aufgaben erfordern ein Nachdenken darüber, wie eine gerechte Finanz- und Steuerpolitik, die gleichzeitig mit einer Strategie nachhaltigen Wachstums vereinbar sein soll, gestaltet werden kann.

Im Rückblick lässt sich feststellen, dass die durchschnittliche Steuerlast zur Finanzierung der Staatsausgaben in Lateinamerika von jeher unzureichend gewesen ist und nur einen geringen finanzpolitischen Gestaltungsspielraum gelassen hat. So wiesen beispielsweise weniger als 20% der Staatshaushalte in den letzten sechs Jahrzehnten einen Überschuss auf. Allerdings gibt es dabei durchaus Unterschiede. Nicht alle Länder erzielten nur geringe Steuereinnahmen, und einige stockten ihren Haushalt durch erhebliche nichtsteuerliche Einkünfte aus der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen auf.

Niedrige Einnahmen aus direkten Steuern ...

Die durchschnittliche Steuerlast ist in Lateinamerika demnach nur halb so hoch wie in Europa oder den Mitgliedsstaaten der OECD. Auch in ihrer Struktur unterscheidet sie sich sehr stark von derjenigen in den hoch entwickelten Ländern. Der Hauptgrund für diese Unterschiede liegt in dem vergleichsweise niedrigen Anteil der direkten Steuern (Einkommen- und Vermögenssteuer) an den Steuereinnahmen und insbesondere in der geringen Erhebung von persönlichen Einkommensteuern. Hier ist anzumerken, dass die Körperschafts- und Unternehmensteuer im Gegensatz zur Personensteuer die am wenigsten direkte Form von Abgaben ist, weil die Unternehmen die Steuerlast auf die Preise von Waren und Dienstleistungen abwälzen können und somit das Umverteilungspotenzial geschwächt wird.

Die direkte Besteuerung des Vermögens – einschließlich der Immobilien- und Erbschaftsteuern – ist in Lateinamerika strukturell schwach ausgeprägt. Sie wird als mögliches Instrument zur Verbesserung der Umverteilungswirkung kaum diskutiert. Dennoch ist in den letzten Jahren das Interesse daran gestiegen, denn solche Steuern, die vor allem auf subnationaler Ebene erhoben werden, sind ein taugliches Instrument, um einen relativ stabilen Zufluss an Steuermitteln mit nur geringen Verzerrungseffekten und einer besseren Verteilungswirkung zu erzielen.

Die traditionell geringe direkte Besteuerung führte dazu, dass die Steuersysteme in Lateinamerika für die Umverteilung nur eine bescheidene Rolle spielten oder sogar

leicht regressiv gestaltet waren. Hierfür gibt es vielfältige Gründe: eine aufgrund der Ausrichtung auf die Arbeitseinkommen verzerrte Steuergestaltung (geringfügigere Belastung von Kapitaleinkünften), Steuerhinterziehung in erheblichem Umfang (noch ausgeprägter bei der Einkommensteuer als bei den übrigen Abgaben), hohe und nicht immer angemessen begründete Steuerbefreiungen oder einfach nur die Tatsache, dass die Reichen nicht nach ihrem Einkommen oder Vermögen besteuert wurden, so dass sie oftmals im Vergleich niedrigere Steuern abführten als sonstige Steuerzahler mit geringerem Einkommen.²

In den letzten Jahren sind sowohl die Gesamtsteuerlast – vor allem durch die gestiegenen Einnahmen aus der Ausbeutung von Primärgütern – als auch die Einnahmen aus der Mehrwert- und Einkommensteuer gestiegen. Zwar ist diese

positive Entwicklung im Fall der Einkommensteuer vornehmlich durch die steigenden Einnahmen aus der Besteuerung von Unternehmensgewinnen zu erklären, doch haben einige der bisherigen Steuerreformen auch die persönliche Einkommensteuer zum Gegenstand.

... erfordern finanzpolitische Reformen ...

Diese Reformen sollten nicht nur die Steuersysteme im Hinblick auf die Erhebungsleistung verbessern, sondern auch die regionale Finanzpolitik in einem ihrer schwächsten Punkte stärken, nämlich in der Verteilungswirkung der Steuerstrukturen.

Was die Besteuerungsgrundlage für die Einkommensteuer betrifft, so setzen die Reformen die Tendenz der vorangegange-

Höhe und Struktur der Steuerlast im internationalen Vergleich (in Prozentsätzen des BIP)

Quelle: Auf Daten der ECLAC gestützte eigene Zusammenstellung der Angaben zu den latein-amerikanischen Ländern; zu den OECD-Staaten entnommen aus: «Revenue Statistics of OECD Member Countries» (OECD) 2013; zu den afrikanischen und asiatischen Entwicklungsländern aus: «Government Finance Statistics» (IMF) 2012.



nen Jahre zur Erweiterung der Grundlage durch die Einführung dualer Systeme fort, indem sie die Einkommen der Steuerzahler/innen in Lohn- und Kapitaleinkünfte trennen und unterschiedlich behandeln (in Uruguay seit 2007, in Peru seit 2009). Mehrere zentralamerikanische Länder haben ähnliche Steuerreformen verabschiedet und einheitliche Besteuerungssätze für bis dahin steuerfreie Kapitaleinkünfte festgelegt. Gleichzeitig wurden die Steuersätze für Unternehmensgewinne angehoben und eine progressive Besteuerung der Arbeits-einkommen eingeführt.

Weitere Fortschritte gibt es in jüngster Zeit in Argentinien, Kolumbien, Mexiko, Paraguay und Uruguay. Dort werden durch die Erweiterung der Besteuerungsgrundlage für die persönliche Einkommensteuer auch bis dahin steuerfreie Kapitaleinkünfte verschiedener Art erfasst.

... zur Verbesserung der Verteilungswirkung, ...

Chile leitete 2014 eine umfangreiche Steuerreform ein, um sowohl die Verteilungswirkung als auch die Erhebungsleistung zu verbessern. Kernpunkte bei der Reform der Einkommensteuer sind der Aufbau eines teilentegrierten Steuersystems und die Auflösung des Fonds beststeuerbarer Gewinne (Fondo de Utilidades Tributables, FUT), der einen Zahlungsaufschub bei der Körperschaftsteuer mit entsprechenden Folgen für die Steuererhebung und die Steuergerechtigkeit zuließ. Ebenso die Abschaffung der sofortigen Abschreibung für Großunternehmen sowie die Besteuerung der Kapitalgewinne aus Immobilien für Gruppen mit hohem Einkommen. Darüber hinaus können Bildungsausgaben steuerlich abgesetzt werden, und es werden Anreize für Investitionen in kleinen und mittleren Unternehmen geschaffen. Ebenso sollen die Steuern auf Unternehmensgewinne schrittweise von 20% auf 27% angehoben und die Grenzsteuersätze bei der persönlichen Einkommensteuer gesenkt werden. Ausgenommen sind dabei die höheren Einkommensgruppen.

Einige Länder wollen Steueranreize für Unternehmen, die bis dahin im Rahmen von Regelungen zur Wirtschaftsförderung (Freizonen) gewährt wurden, beschränken und damit die Besteuerungsgrundlage für Unternehmenseinkünfte erweitern. Auch wurde ein Mindeststeuersatz für Unter-

nehmenseinkünfte eingeführt (Kolumbien, Ecuador, El Salvador, Guatemala und Nicaragua).

Zusätzlich berücksichtigten die meisten Reformen auch die Anpassung an internationale Steuerbestimmungen, wie Regelungen für Verrechnungspreise, Steuerparadiese und Einkommen von Nicht-Residenten (Chile, Kolumbien, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua, Panama, Peru, Dominikanische Republik), und es wurden Abkommen über den zwischenstaatlichen Informationsaustausch zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung auf den Weg gebracht.

... zur Verringerung der Schwankungen bei den Steuereinnahmen ...

Ein weiterer Faktor, der die Verfügbarkeit von Finanzmitteln für eine nachhaltige Politik in vielen Ländern Lateinamerikas beeinträchtigt, sind die erheblichen Schwankungen bei den Steuereinnahmen. Sie liegen um ein Dreifaches höher als in den entwickelten Ländern. Die makroökonomische Instabilität – sei es nun im Hinblick auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP), den Verbrauch oder die Rohstoffpreise – führt zu Schwankungen in der Besteuerungsgrundlage und wirkt sich somit auf die Steuereinnahmen aus. Gerade die ärmsten Bevölkerungsgruppen trifft die extreme Fluktuation der Steuereinnahmen durch die daraus resultierenden Schwankungen bei den staatlichen Sozialausgaben und öffentlichen Investitionen am härtesten. Die schwankenden Rohstoffpreise beeinflussen die Steuern, die auf nicht erneuerbare natürliche Rohstoffe erhoben werden, wie auf fossile Brennstoffe (Bolivien, Kolumbien, Ecuador, Mexiko und Venezuela) oder Mineralien und Erze (Chile und Peru).

Bolivien, Ecuador, Mexiko und Venezuela erzielten in den letzten Jahren etwa 30% oder mehr ihrer gesamten Steuereinnahmen aus der massiven Ausbeutung von Gasvorkommen (Bolivien) oder der Erdölförderung (in den drei letztgenannten Ländern). Auch in Argentinien, Chile, Kolumbien und Peru stammen erhebliche Steuereinkünfte aus der Ausbeutung von natürlichen Ressourcen.

In Ländern, in denen sich die Produktionsstruktur auf nicht erneuerbare Ressourcen konzentriert, kommen zusätzlich zu

den ohnehin schwierigen finanzpolitischen Aufgaben noch weitere Herausforderungen hinzu, die sich aus den spezifischen Merkmalen dieser Produkte ergeben. Die Unvorhersehbarkeit und Instabilität der Preise erschweren die Festlegung eines angemessenen, nachhaltigen Niveaus von Staatsausgaben in der Finanzpolitik.

... und zur Vermeidung noch größerer territorialer Ungleichgewichte bei den Steuereinnahmen

Durch die starke geographische Konzentration der Vorkommen an natürlichen Ressourcen und dementsprechend auch der Steuereinnahmen kann auf subnationalen Regierungsebenen eine extrem ungleiche Einkommensverteilung entstehen. Eine unsachgemäße Verwaltung der Finanzmittel kann überdies tendenziell zu einer Verschärfung weiterer sozioökonomischer Ungleichgewichte zwischen Zuständigkeitsbereichen innerhalb eines Landes führen. Hier zeigt sich deutlich, wie wichtig die Zuweisung von steuerlichen Befugnissen und Ausgabenverantwortung in Ländern mit einer stärkeren finanzpolitischen Dezentralisierung ist. Dasselbe gilt für die Verteilung der Steuereinnahmen aus nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen zwischen den verschiedenen Regierungsebenen in stärker zentralisierten Ländern. In jedem Fall hat der oben beschriebene Anstieg der Steuereinnahmen zu einer Überprüfung der Finanzierungs- und Umverteilungssysteme zwischen den

Regierungsebenen geführt. Dabei wird versucht, eine Vertiefung der bereits bestehenden territorialen Ungleichgewichte und der politischen Spannungen zwischen verschiedenen Zuständigkeitsbereichen zu vermeiden.

Der gegenwärtige globale Kontext legt eine Umgestaltung oder zumindest eine Überprüfung der bisherigen Steuersysteme nahe, denn die seit Mitte 2014 zu beobachtende rückläufige Tendenz bei den Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt wird sich möglicherweise weiter fortsetzen.

Vor diesem Hintergrund und angesichts der starken finanzpolitischen Abhängigkeit einiger Länder von solchen Ressourcen müssen Reformen vorangetrieben werden, mit denen die notwendige Erzielung von Steuereinnahmen mit Kriterien der Effizienz, der Gerechtigkeit, der Stabilität, der Flexibilität, des Risikomanagements (zwischen Staat und Privatsektor) und der progressiven Gestaltung des Steuersystems in Einklang gebracht werden kann. Es geht also um die Fähigkeit dieses Systems, entsprechend dem jeweils erreichten höheren Rentabilitätsniveau wachsende Einnahmen zu erzielen.

Die Erweiterung bzw. Aufrechterhaltung des im vergangenen Jahrzehnt erreichten finanzpolitischen Handlungsspielraums wird von der Fähigkeit der Behörden abhängen, den Rückgang der Steuereinnahmen aus der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen durch Reformen auszugleichen, mit denen ein stärkeres Gewicht auf Abgaben mit geringerer Anfälligkeit für die Preiszyklen auf den Rohstoffmärkten gelegt wird. Hierzu gehören beispielsweise die persönliche Einkommen- und die Vermögensteuer.



¹ Für die hier vertretenen Meinungen sind ausschließlich die Autoren verantwortlich, so dass sich daraus keinerlei Verpflichtung für deren Institutionen ableiten lässt.

² Amarante, Verónica/ Jiménez, Juan Pablo (2015): *Desigualdad, concentración y rentas altas en América Latina*, in: Jiménez, Juan Pablo. (Hrsg.): *Desigualdad, concentración del ingreso y tributación sobre las altas rentas*, CEPAL, Santiago de Chile.



la gramática
ochas. La victoria
antes candidatos
estas fueron por
cos de acumu-
adora que

directa en
ha significado por
te, los sistemas
an jugado un papel re-
modesto o como han
te regresado a sea

rentas que en el mundo
los altos y no siempre
mente justificados bene-
mente impositivos y

de ingresos o
en muchos casos,
los impuestos

seculares y sub nacionales tanto
como las poblaciones directamente
afectadas tienen derecho a partici-
par en la toma de decisiones sobre
estos recursos. Los países

Los países
son países que
deben de ser
deben de ser
deben de ser

Latina
ma a
intele

alternativa
la región se
do un cultivo considerable
los cultivos transgénicos
exportación: caña de azúcar,
soja y maíz.

2002 y 2012: "en Brasil
de cada de azúcar
de toneladas

mo em fun-
cursos que
e que vem
internacional
samente
mas
polismo da
Por essa óti-
eco como a demanda
por recursos naturais
leo, gás, minérios e com-
agricolas, deve ser com-
do também pelo peso que
erce como engrenagem da
rialização global. No con-
a categoria de "indústria
como em relação a esta
como em desenvolvimento
em desenvolvimento
e sua relação ao
são fatores que
se atualizados em seu
precisam ser atualizados em seu
sentido prático e político.

"Guerra para los peruanos"
era una frase que resumía bien la
estrategia y de paso justificaba
una inversión que desde el inicio
fue polémica por sus impactos am-
bientales y sobre las poblaciones
de la zona.

precisam ser in-
elementos
arências,
Inte-
e
e

Urubamba.

la ex-
demanda
El extra-
minerales o
bién extractivos
tal e inclusive por

La apropiación de
naturales, donde estos son
por medio de una serie de
clas, atropellando Derechos
manos y Derechos de la Naturaleza,
za, "no es una consecuencia de un
tipo de extracción sino que es una
condición necesaria para poder
llevar a cabo la apropiación de re-
cursos naturales", como atina-
mente señala Eduardo Gudynov.

Y se lo ha hecho sin importar
impactos nocivos de los proyec-
al como tampoco el agotamiento
de los recursos.

en la medida
utiliza el

Territorialer Widerstand in Lateinamerika

Astrid Ulloa

Im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts haben sich die wirtschaftlichen Aktivitäten im Bereich Rohstoffausbeutung in Lateinamerika verstärkt. Die häufig als Extraktivismus bezeichneten Prozesse sind vielfältig und umfassen unterschiedliche Ressourcen, ökologische Funktionen und Formen der Aneignung: von der Kohlenstoffbindung der Wälder, der agrarindustriellen Produktion in Monokulturen bis hin zur Ausbeutung von Mineralien und fossilen Energieträgern wie Erdöl, Gas und Kohle. Hierdurch werden Exportsteigerungen erzielt, aber auch sozioterritoriale und ökologische Veränderungen ausgelöst. Die weltweite Nachfrage nach Rohstoffen (Gold, Erdöl, Coltan, Biodiversität oder Land) steht im Gegensatz zu lokalen territorialen Logiken und erzeugt bzw. vertieft sozialökologische Ungleichheiten.

Die verschiedenen Formen des Extraktivismus führen zu Konfrontationen zwischen der lokalen Bevölkerung und Unternehmen. Die Widerstandspraktiken und Organisationsformen der lokalen Bevölkerung sind dabei sehr unterschiedlich. Im Zentrum stehen die Verteidigung des Territoriums, die Positionierung der Akteure im Verhältnis zum Territorium und zur Natur sowie Forderungen nach Autonomie und ökologischer, territorialer und politischer Selbstbestimmung. Hieraus entstehen Vorschläge für Alternativen zum extraktivistischen Wirtschafts- und Entwicklungsmodell.

Umkämpfte Territorien

Die verschiedenen Formen des Extraktivismus umfassen unterschiedliche soziale Beziehungen und Prozesse von Ausbeutung, Extraktion und Transnationalisierung

mit spezifischen Auswirkungen auf die lokalen Territorien – Gebiete, die in subnationalen historischen Kontexten entstanden sind. Zunehmend kommt es dort zu sozialen Kämpfen, in denen die Anerkennung territorialer Kontrollrechte eingefordert und alternative Konzepte zur territorialen Kontrolle und Vertretung formuliert werden, die auf den lokalen Wahrnehmungen, Erkenntnissen und Praktiken aufbauen. Den globalisierten extraktiven Prozessen werden somit Konzepte und Vorstellungen entgegengesetzt, denen ein anderes Naturverständnis zu Grunde liegt. Gleichzeitig entwerfen die lokalen Akteure eine vertikale Territorialität des Untergrunds. Sie basiert auf der Vorstellung, dass weder Biodiversität noch Mineralien äußere Entitäten oder Waren darstellen, sondern Teile des Nicht-Menschlichen sind, die eher auf Identität als auf Alterität basieren.

Diese Entwicklungen gehen mit einer lokalen territorialen Politik einher, in der das Territorium als ein Prozess kultureller und politischer Aneignung und Bezugnahme gefasst wird. Das Territorium wird so zum einem sozialen Akteur. Ein solches Verständnis vom Territorium geht von Naturverhältnissen aus, die über die stoffliche Materialität von Land und Boden hinausweisen. Sie beinhalten verschiedene – räumliche, physische, symbolische und auf Alltagserlebnisse gestützte – Dimensionen. Diese territoriale Sicht bezieht sowohl das Feststehende als auch das Bewegliche ein (Ausdehnungen, Diskontinuitäten und Kontinuitäten) und spiegelt sich in unterschiedlichen Skalen wider (Körper – Territorium – Nationalität). Gleichzeitig sind Körper und Territorium miteinander verwoben, so dass sich hieraus die kulturelle

Astrid Ulloa ist Sozialanthropologin, seit 2006 Dozentin an der Nationalen Universität von Kolumbien. Sie promovierte 2003 an der Universität von Kalifornien in Irvine, USA. Sie hat mit verschiedenen indigenen Gruppen und indigenen Frauen in der Sierra Nevada und an der Pazifikküste in Kolumbien zu territorialen und ökologischen Problemen gearbeitet. Forschungsschwerpunkte sind u. a.: Indigene Bewegungen, Umweltbewegungen, Umweltgeschichte, Naturschutz, Gender, lokale Entwicklung, Klimawandel und Extraktivismus.

Bestehende Bergbau- konflikte in Lateinamerika

Anzahl der Konflikte, Stand Mai 2014

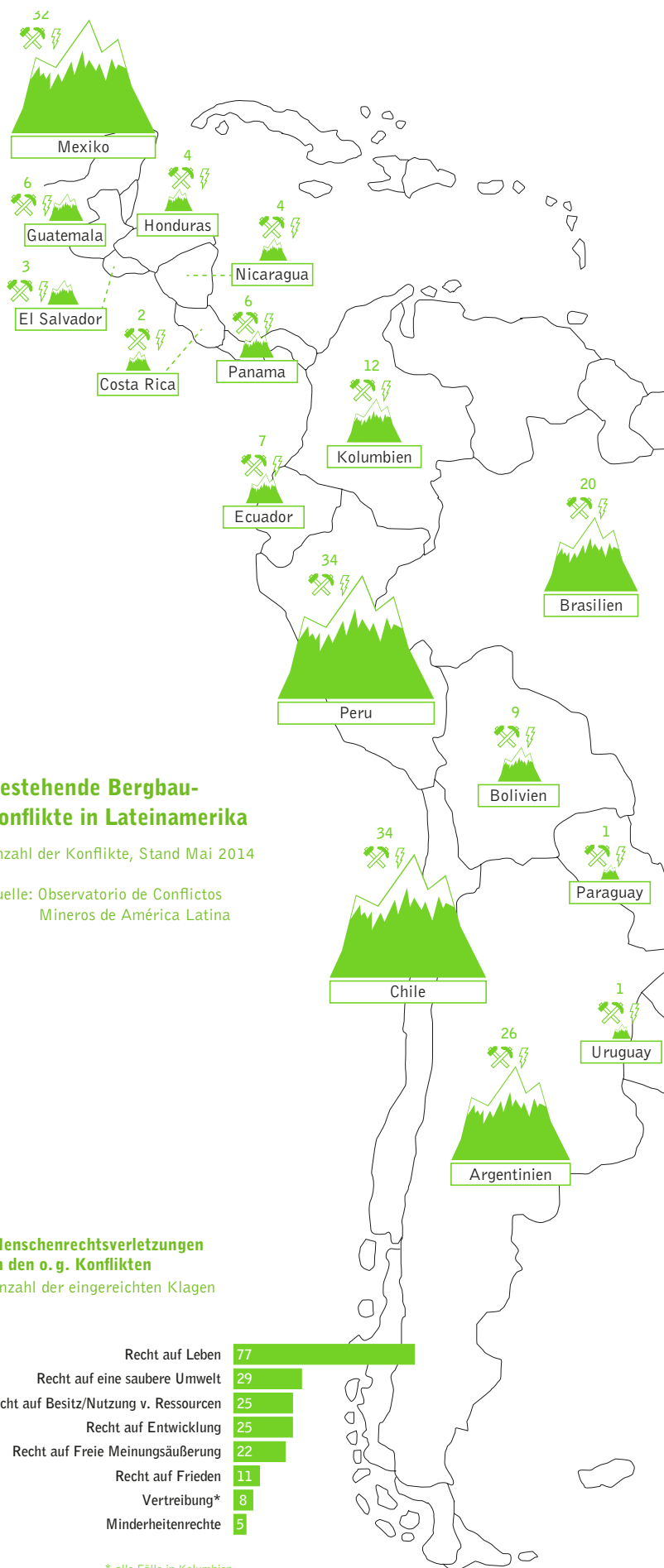
Quelle: Observatorio de Conflictos
Mineros de América Latina

Menschenrechtsverletzungen in den o.g. Konflikten

Anzahl der eingereichten Klagen

Recht auf Leben	77
Recht auf eine saubere Umwelt	29
Recht auf Besitz/Nutzung v. Ressourcen	25
Recht auf Entwicklung	25
Recht auf Freie Meinungsäußerung	22
Recht auf Frieden	11
Vertreibung*	8
Minderheitenrechte	5

* alle Fälle in Kolumbien



Dimension spezifischer Orte ergibt, d.h. der Sinngehalt von Orten, der auf Identitäten, Emotionen und Zugehörigkeiten basiert. All dies führt zu den lokalen Konstruktionen des geographischen Seins (auf dem Territorium sein und leben bzw. seinem Verlauf folgen und sich darin eingebunden fühlen) sowie zu organisatorischen und politischen Entscheidungsprozessen, die mit bestimmten Stellen bzw. Orten von symbolischer, politischer oder kultureller Bedeutung verknüpft sind. Ferner entstehen hieraus Beziehungen von Territorialität, die unterschiedliche Dimensionen territorialer Kontrolle beinhalten: spirituelle, symbolische, materielle, kulturelle, ökologische und politische. Kurz gefasst: Es geht um eine kulturelle und territoriale Politik, die sich wesentlich auf territoriale Autonomie, Selbstbestimmung und Kontrolle stützt.

Entwicklungsalternativen auf der Grundlage territorialer Verteidigung

Die lokalen Strategien zur Verteidigung der Territorien und Territorialitäten bieten nicht nur Alternativen zum Extraktivismus, sondern auch zum westlichen Entwicklungsgedanken. Solche Alternativen basieren auf lokalen Praktiken und Logiken, aus denen sich vielfältige Verteidigungsformen und Zukunftsoptionen herausbilden. Dementsprechend lassen sie keine Verallgemeinerung auf ganz Lateinamerika zu. In Kolumbien gewinnt die extraktivistische Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsplänen zunehmend an Bedeutung. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Nutzung der Bodenschätze, die als Eigentum der Nation betrachtet werden. Vor diesem Hintergrund sind drei verschiedene Prozesse zu beobachten:

Die indigenen Völker fordern die Anerkennung ihrer Autonomie und ihrer politischen und territorialen Selbstbestimmung, und zwar nach ihren eigenen, auf das lokale Wohl gestützten Zukunftsvorstellungen und Lebensplänen. Gleichzeitig fordern sie die Anerkennung ihrer Selbstbestimmungsrechte im Hinblick auf die Umwelt sowie die Nutzung und den Umgang mit der Natur und auch das Entscheidungsrecht über den Boden und seinen Untergrund. Im gleichen Sinne fordern sie eine umfassende Anerkennung ihres historisch angestammten Territoriums, die über die Vergabe von

Eigentumstiteln und die rechtliche Anerkennung kollektiven Bodenbesitzes hinausgeht. Im Kern geht es um die politische und territoriale – horizontale und vertikale – Kontrolle und die Ausübung territorialer Rechte. In den Worten der Nationalen Indigenen-Organisation Kolumbiens (ONIC) gilt das Territorium «als Lebensraum, Daseinsberechtigung und Existenzgrundlage der indigenen Völker. Es ist der angestammte, legitime, kollektive Raum für die Ausübung und Wahrnehmung ihrer politischen Macht, Selbstverwaltung und Autonomie. Historische und kollektive Erinnerung. Ein kollektives Recht und eine von der nationalen Verfassung anerkannte Verwaltungseinheit, die der Kontrolle und Befehlsgewalt der indigenen Behörden unterliegt. Ort des Lebens, der Hoffnungen, der Ernährungssicherheit, der Naturressourcen und der Biodiversität, der Medizin und der Bildung. Spirituelle und politische Kraft, die Einheit, Zugehörigkeit und Zukunftssicherheit vermittelt. Es ist der Raum, in dem die Menschen ihre Beziehungen zu ihren Göttern und Träumen leben. Ein gemeinsames Gut der indigenen Völker, mit dem sie sich austauschen und vernetzen.»¹

Bei den Kämpfen der afrikanisch-stämmigen Bevölkerung geht es um territoriale und kulturelle Rechte. Insbesondere der sogenannte Prozess der schwarzen Gemeinden (Proceso de Comunidades Negras, PCN) stützt sich auf folgende Grundsätze: Bestätigung und Bekräftigung des Seins (Bekräftigung der kulturellen Identität), Raum für das Sein (Verteidigung des angestammten Territoriums), Ausübung des Daseinsrechts (Autonomie, Organisation und Partizipation), eine eigene Zukunftsoption (Verteidigung eines eigenen Entwicklungsweges) und Solidarität mit Netzwerken, um für eine gerechtere Welt einzutreten. Speziell in Bezug auf das Territorium meint der PCN: «Entsprechend den Bedingungen und Wesensmerkmalen einer jeden Region, in der wir schwarzen Gemeinden leben, orientieren wir uns an der folgenden Territorialstrategie:

- Verteidigung des Territoriums, das wir besitzen, durch die Vergabe kollektiver Landtitel und die Wiederaneignung der verschiedenen Nutzungsformen (Pazifikregion).
- Wiederaneignung der Territorien, die uns geraubt wurden. Dies erfolgt durch konkrete Aktionen, die wir in Abstimmung mit Institutionen und

Einzelpersonen weiterentwickeln und auf eine rechtliche Grundlage stellen (Karibikregion und interandine Täler der Flüsse Cauca und Patia).»²

Die kolumbianischen Bauern und Bäuerinnen fordern vor allem eine ganzheitliche Betrachtung des Territoriums und Schutzzonen für Kleinbauern und -bäuerinnen (Zonas de Reserva Campesinas, ZRC). Gegenwärtig gibt es sechs ausgewiesene ZRC und 17 ZRC im Anerkennungsverfahren. Die ZRC sind auch Gegenstand der Friedensverhandlungen zwischen der Guerillaorganisation FARC und der kolumbianischen Regierung). Ausgangspunkte des Konzeptes der ZRC sind die Art der Raumnutzung und die wirtschaftlichen Praktiken, die ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Die Bauern und Bäuerinnen betrachten das auch als Prozess des politischen Widerstandes. Álvaro Manzano, einer der führenden Vertreter der Bauernvereinigung im Cimitarra-Tal, weist darauf hin, dass die sozialen Entwicklungen, die sich in der Schutzzone für Kleinbauern am Río Cimitarra vollziehen, mit den Zielsetzungen des Verbandes einhergehen:

«Eines unserer Ziele ist die Bekämpfung der sozialen Ungleichheit. Deshalb glauben wir, dass eine umfassende Agrarreform allen Bauern den Zugang zu einem Stück Land garantieren muss. Außerdem müssen Erhaltungs-, Produktivitäts- und Vermarktungssysteme sichergestellt werden, um die Arbeitslosigkeit massiv einzudämmen, die Subsistenzlandwirtschaft zu fördern, die Ernährungssouveränität der Bauern und ihres Umfeldes zu bewahren und stabile Siedlungsbedingungen für die bäuerliche Bevölkerung in ihren Territorien sicherzustellen. Darüber hinaus muss in diesen Gebieten ebenso wie im gesamten Land ein groß angelegtes Projekt zum umfassenden Schutz der Menschenrechte auf den Weg gebracht werden.»³

Territoriale Herausforderungen

Das Territorium ist ein politischer Raum par excellence. Vor diesem Hintergrund bildet es den zentralen Angelpunkt für Vorschläge zur Autonomie, die darin besteht, über Territorialität, politische Kontrolle und Selbstbestimmung Macht auszuüben.

Autonomie beinhaltet die vertikale und horizontale Kontrolle (eine eigene Geopolitik des Bodens und des Untergrundes), eine eigene Regierung, eine eigene Rechtsprechung, umweltpolitische Selbstbestimmung und Ernährungssouveränität. Darüber hinaus ist das Territorium die Quelle für Forderungen im Hinblick auf die Anerkennung der Rechte kollektiver Subjekte wie Eigentum und Nutzung, und es verleiht den Widerstandsaktionen, die auf seine Verteidigung ausgerichtet sind, ihren Sinn.

Die indigenen Völker fordern die Anerkennung ihrer Autonomie und ihrer politischen und territorialen Selbstbestimmung, und zwar nach ihren eigenen, auf das lokale Wohl gestützten Zukunftsvorstellungen und Lebensplänen.

Alle hier angesprochenen Punkte sind von lokalen Bevölkerungsgruppen in ihren Forderungen nach territorialen Rechten bereits formuliert worden. Hierüber konnten Alternativen zu Entwicklung gedacht und überhaupt erst in Betracht gezogen

werden. Hierzu zählt z. B. die Art und Weise, mit der die lokalen Kulturen mögliche Welten schaffen, die sich auf vielfältige Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen ihnen und der Natur stützen. In ihnen herrscht eine eigene Vorstellung von Natur und Räumlichkeit, in der die Wesen in einer sich wandelnden zeitlichen Dimension ständig interagieren.

Kurz gesagt: In diesen Territorien geht es um die Kontinuität eigener Vorschläge und die Schaffung von Alternativen zur Entwicklung. Dies beinhaltet eine Kritik an der durch den Extraktivismus etablierten zerstörerischen Beziehung zur Natur und bedeutet, nach Wegen der individuellen und kollektiven Verantwortung zu suchen, die global-national-lokalen Dynamiken des Kapitalismus und des Staates zu überdenken sowie den Bezug der lokalen Bevölkerung zu ihrem Umfeld in seinen Grundsätzen wieder aufzugreifen – all dies verknüpft mit der Verteidigung des Rechts, im Territorium zu bleiben. ■■■

Die Autorin dankt Kristina Dietz (LAI, FU Berlin) für ihre Kommentare und ihre Unterstützung bei der Übersetzung.

¹ Organización Nacional Indígena de Colombia: <http://cms.onic.org.co/sobre-nosotros/> (18.8.2015)

² Proceso de Comunidades Negras/ weitere Wissenschaftler/innen (2008): *Territorio y conflicto desde la perspectiva del Proceso de Comunidades Negras de Colombia*, Cali, S.4.

³ Corporación Grupo Semillas (Hrsg.) (2011): *Política de tierras y desarrollo rural: ¿Cuál futuro para el campo colombiano?*, Semillas 44/45, Bogotá, S.89.

Die Wertschätzung des Lebens

Feministische Alternativen zum gegenwärtigen Gesellschaftsmodell

Nalu Faria

Wie überall auf der Welt haben auch in Lateinamerika die Frauen immer gegen Unrecht und Ausgrenzung gekämpft, die sie in einer patriarchalen Gesellschaft erfahren. Sie waren kühne Verteidigerinnen der lokalen Kulturen gegen die Bedrohung durch die europäische Kolonialisierung, die den Rahmen für die Herausbildung des extraktivistischen Wirtschaftsmodells in unserer Weltregion darstellt. Eine feministische Perspektive in der Analyse von Gemeingütern (Commons) basiert auf der Feststellung, dass Frauen die Hauptlast der Reproduktionsarbeit tragen, deshalb stärker als Männer auf den Zugang zu Gemeinressourcen angewiesen sind und sich weit mehr für deren Bewahrung einsetzen. Das gilt sowohl für die Vergangenheit als auch für die Gegenwart. Während internationale Institutionen zunehmend den Commons-Gedanken wiederentdecken und für den Markt nutzbar machen, gilt es weiter nach Antworten zu suchen, wie die Gemeinschaftsgüter Grundlage einer nichtkapitalistischen Wirtschaftsordnung werden können – eine Frage, die sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Klassenkämpfe unserer Zeit zieht.¹

Im Allgemeinen wird das Verhältnis von Frauen und Natur überwiegend als etwas gesehen, das sich unmittelbar aus der Mutter- und Schwangerschaft ergibt. Auch einige theoretische und politische Ansätze vertreten diese Idee. Die Nähe zur Natur wird als weiblicher Wesenszug gedeutet. Im feministischen, soziokonstruktivistischen Ansatz wird das Verhältnis zwischen Frau und Natur dagegen auf die Rolle der Frau in der gesellschaftlichen und geschlechtlichen Arbeitsteilung zurückgeführt, woraus sich die ihr zugeschrie-

bene Rolle für die Sorge und Erhaltung des menschlichen Lebens quasi zwangsläufig ergibt. Gleichzeitig wird die ökologische Krise als Resultat der andro- und anthropozentrischen Prämissen begriffen, die der patriarchalen Gesellschaft zugrunde liegen.

Der Kapitalismus entwickelte sich auf Kosten der Ausbeutung der Natur und der Aneignung von Lebenszeit der Menschen in Form von Arbeit, damit diese dem Markt zur Verfügung stehen. Wie Yayo Herrero es formuliert, «entschieden sich unsere *patriarchal-kapitalistischen* Gesellschaften bei der Wahl zwischen der *Nachhaltigkeit des menschlichen Lebens* und dem wirtschaftlichen Nutzen für letzteres».²

Reproduktion als Schlüssel bei der Analyse des aktuellen Gesellschaftsmodells

Die zentrale Bedeutung des menschlichen Lebens für das Funktionieren des gegenwärtigen Gesellschaftsmodells sowie die Infragestellung des androzentrischen westlichen Denkens sind grundlegende Bestandteile sowohl der feministischen Ökonomie als auch des Ökofeminismus. Die geschlechtliche Arbeitsteilung macht die Frauen für die Reproduktion verantwortlich, als wäre dies allein durch ihre Mutterschaft ihre Bestimmung. Die gesetzte Trennung zwischen (Waren-)Produktion und Reproduktion ermöglicht, den ökonomischen Nexus zwischen beiden zu verschleiern. Nur die Erwerbsarbeit und Tätigkeiten mit Marktwert werden als Teil der Wirtschaft anerkannt, wohingegen die alltäglichen Tätigkeiten, die für den Lebenserhalt der

Nalu Faria ist Mitglied der Nationalen Koordinationsstelle des Weltfrauenmarsches in Brasilien. Seit 1986 ist sie bei der feministischen Organisation *Sempreviva* (SOF) tätig, wo sie Beratungs- und Bildungsprogramme für Frauengruppen, NGOs und Führungskräfte der öffentlichen Verwaltung anbietet. Sie ist Autorin verschiedener Artikel über die Frauenbewegung. Von 2005 bis 2009 koordinierte sie das *Red Latinoamericana Mujeres Transformando la Economía* (Lateinamerikanisches Netzwerk von Frauen für die Umgestaltung der Wirtschaft, REMTE).

Menschen notwendig sind, nicht als solche definiert werden: «Arbeit» und «Ökonomie» sind auf den Markt begrenzt. Damit werden Haus- und Sorgearbeit genau wie die Natur als Externalitäten des Wirtschaftsmodells behandelt und als unerschöpfliche Ressourcen für die kapitalistische Ausbeutung betrachtet. Die Frauen sind vorwiegend in nichtkommerzielle Bereiche eingebunden, wo sie umverteilende, dienstleistende und gemeinnützige Tätigkeiten ausführen. Die Sorgearbeit und das Erbringen von Leistungen, die der Befriedigung biologischer Bedürfnisse dienen, aber auch die Pflege affektiver Beziehungen und das ständige Bemühen um Wohlergehen gehören danach zu diesen nichtkommerziellen Bereichen.

Da ein Großteil dessen, was Frauen tun, außerhalb des Marktes stattfindet, beeinträchtigt die fortschreitende Kommerzialisierung zunehmend die Ausübung ihrer Tätigkeiten. Durch das Eindringen des Marktes und der großen Unternehmen in die Territorien werden die Machtbeziehungen dort neu definiert: das Wissen der Frauen wird entwertet, die kapitalistische Ausbeutung und die patriarchale Dominanz über sie werden verschärft – durch Gewalt, Prostitution und Zwangsmigration. Diese Erfahrungen rufen Misstrauen gegenüber dem Vordringen des Marktes in die Territorien hervor. Der Widerstand der Frauen ist daher groß, weil sie um den direkten Zusammenhang zwischen Territorien und dem Erhalt ihrer Lebensgrundlagen wissen. Sie sind es, die sich am meisten dem Eindringen der Unternehmen in die Territorien widersetzt haben. Schon als sie von der grünen Revolution ausgeschlossen wurden, haben sie ihre traditionelle landwirtschaftliche Arbeitsweise beibehalten, auch wenn dadurch ihre Produktionstätigkeiten auf den eigenen Hof, die Gemüse- und Obstgärten und die Aufzucht von Kleinvieh beschränkt blieben. Heute setzen sie sich in den Städten für die Einrichtung öffentlicher Dienstleistungsbetriebe ein und experimentieren mit der Kollektivierung von Hausarbeit.

Wiederaneignung der Gemeingüter

Den Produktionsverhältnissen und sozialen Praktiken des herrschenden Modells muss eine Perspektive entgegengesetzt werden, die sich gegen das vorherrschende System richtet. Die aktuelle Situation wird

vielfach so beschrieben: Mit der verschärften Ausbeutung der Gemeingüter, die mit einer Prekarisierung der Arbeit und einer Zunahme konservativer Haltungen einhergeht, wird die letzte Grenze überschritten. Für dieses Phänomen gibt es verschiedene Bezeichnungen. Silvia Federici spricht von einer «neuen ursprünglichen Akkumulation», David Harvey von «*Akkumulation durch Enteignung*».³ Zum Beispiel hat sich das Landgrabbing insbesondere in Afrika, Asien und Lateinamerika für den Anbau in Monokulturen von Nahrungsmitteln und Agrarkraftstoffen für den Export ausgebreitet. In den städtischen Gebieten haben Immobilienspekulationen für große Bauvorhaben, u. a. für Megaevents, deutlich zugenommen. Die Bergbauunternehmen weiten ihre Erschließungsgebiete und Tagebauflächen aus. Sie verschmutzen weiterhin unvermindert die Gewässer, betreiben die übermäßige Ausbeutung von Arbeitskräften und sind Mitverursacher von bewaffneten Konflikten.

«Arbeit» und «Ökonomie» sind auf den Markt begrenzt. Damit werden Haus- und Sorgearbeit genau wie die Natur als Externalitäten des Wirtschaftsmodells behandelt und als unerschöpfliche Ressourcen für die kapitalistische Ausbeutung betrachtet.

Bei der Suche nach Alternativen müssen daher Vorschläge, die auf Effizienz, technologische Wirksamkeit und noch mehr Kommerzialisierung abzielen – einschließlich dessen, was sich beschönigend «grüne Ökonomie» nennt –, als Irrwege bezeichnet und verworfen werden.

Die Herausforderung besteht in der Schaffung antisystemischer Alternativen, was zum einen die Wiederaneignung der Gemeingüter und zum anderen einen Paradigmenwechsel hin zur Nachhaltigkeit des menschlichen Lebens beinhaltet: mit dem Ziel, Leben und Wohlergehen zu fördern und die zentrale Bedeutung von Sorgearbeit anzuerkennen, sowie die Notwendigkeit, gleichberechtigte Beziehungen zwischen Männern und Frauen und einen harmonischen Umgang mit der Natur zu erreichen. Hierfür ist Voraussetzung, dass die wechselseitige Abhängigkeit (Interdependenz) zwischen den Menschen untereinander und zwischen Mensch und Natur anerkannt wird. Wir stehen also vor der Herausforde-

rung, ein neues Reproduktionsmodell zur Diskussion zu stellen, das mit der Sphäre der Produktion verflochten ist und alternative Parameter festlegt. Diese müssen bestimmen, was, wie, wofür und für wen produziert wird. Wie kann Reproduktion so gestaltet werden, dass sie nicht mehr nur Frauensache ist, sondern die Sache von Frauen und Männern gleichermaßen? Dass sie ins Zentrum eines Wirtschaftsmodells rückt, das ein alternatives Paradigma von der Nachhaltigkeit des Lebens verfolgt? Renata Moreno begreift die feministische Politisierung der Beziehung zum eigenen Körper als Voraussetzung für die weibliche Autonomie.⁴ Diese, zusammen mit dem politischen Konzept von der zentralen Bedeutung der Sorge für das Leben und die Natur, ist in der Lage, ein anderes, auf Gleichheit beruhendes Paradigma von der Nachhaltigkeit der Lebensgestaltung zu schaffen.

Der gegenwärtig von den Frauen geleistete Widerstand gegen das Vordringen des Marktes in die Territorien ist immer auch verbunden mit der Erarbeitung von Alternativen, der Wiederaneignung der Gemeingüter, vom Erhalt überlieferten Wissens und dem Aufbau von Beziehungen, die von Solidarität und Reziprozität geprägt sind.

Es ist deshalb unabdingbar, in der gesamten Gesellschaft die Einsicht zu stärken, dass tiefgreifende Veränderungen notwendig sind. Für einen Übergang in ein neues Gesellschaftsmodell ist es dringend erforderlich, den Extraktivismus zu regulieren und einzugrenzen und gegen die Kommerzialisierung aller Lebensbereiche einzuschreiten. Das beinhaltet etwa rasche Veränderungen in der Wirtschaftsgestaltung, wie beispielsweise die Umstellung von Individual- auf öffentlichen Personennah- und Fernverkehr, Agrarökologie anstelle von industrieller Landwirtschaft, Langlebigkeit von Produkten statt einer absichtlich verringerten Lebensdauer, eine aktive Politik zur Pflege und die Reorganisation von Räumen, von denen kollektives und gemeinschaftliches Handeln ausgehen kann, sowie die Förderung einer Kultur der Suffizienz.⁵

Der gegenwärtig von den Frauen geleistete Widerstand gegen das Vordringen des Marktes in die Territorien ist immer auch verbunden mit der Erarbeitung von Alternativen,

der Wiederaneignung der Gemeingüter, vom Erhalt überlieferten Wissens und dem Aufbau von Beziehungen, die von Solidarität und Reziprozität geprägt sind. Beispiele hierfür sind die Agrarökologie und die solidarische Ökonomie. Die Frauen vom Volk der Lenka in Honduras, die die transnationalen Konzerne von ihrem Territorium vertrieben und ihr Land zurückgewonnen haben, sammeln jetzt Erfahrungen mit Gemeineigentum an Grund und Boden, das auch als solches registriert wurde. In Peru leisten heute Frauen unermüdlichen Widerstand gegen Bergbau-Unternehmen – wie einst ihre Vorfahren, die sich vor den Bedrohungen der spanischen Kolonisierung in die Berge flüchteten und dort gemeinschaftliche Lebensweisen hervorbrachten, die bis in unsere Tage fortexistieren.⁶

Viele Gemeinschaften, die bereits unter den negativen Auswirkungen von Monokulturen gelitten haben, organisieren heute den Widerstand gegen den Bergbau, wie z. B. die Gemeinschaften an den Ufern des Riacho dos Machados im Norden von Minas Gerais in Brasilien. Nachdem die Quilombola-Frauen und Landarbeiterinnen infolge der Naturzerstörung durch den Monokulturanbau von Baumwolle verarmten, sammelten sie Erfahrungen mit der Agrarökologie und organisieren sich nun, um gemeinsam das Vorrücken des Bergbaus zu stoppen.

Dank politischer Unterstützung und der Beteiligung von Basisbewegungen, die die Wasserversorgung mithilfe von Zisternen zur Speicherung von Regenwasser sicherstellen, gelang es den Frauen, eine traditionelle landwirtschaftliche Praxis wieder aufzunehmen.

In der Auseinandersetzung um das Bergbauprojekt geht es im Kern also um die Kontrolle über das Wasser. Einen ähnlichen Fall gibt es in der Region Apodi im halbtrockenen Nordosten in Rio Grande do Norte (Brasilien), wo Frauen erbitterten Widerstand gegen die Umsetzung eines Bewässerungsgroßprojekts für den agroindustriellen Obstanbau in Monokultur leisten.

Weitere Erfahrungen betreffen urbane Gärten, wie sie in etlichen Ländern und sogar in New York betrieben werden. Neben ihrem nützlichen Beitrag zur Nahrungsmittelproduktion sind diese auch Räume für den sozialen Austausch und den Aufbau solidarischer und wechselseitiger Beziehungen.

Die Herausforderung besteht also darin, ausreichend soziale und politische Stärke aufzubringen, um eine alternative Politik

durchzusetzen und ein anderes Gesellschaftsmodell zu ermöglichen. In diesem Sinne muss erst einmal diese Vision von der Mehrheit der Bevölkerung vertreten werden, und zwar auf der Grundlage eines politischen Prozesses unter Einbindung von kritischem Denken und der Mobilisierung für Transformationsprojekte. Einerseits kennen wir die Macht und Stärke der konservativen Sektoren. Andererseits wissen wir um die Schwierigkeiten innerhalb der sozialen Bewegungen und progressiven Kreise – insbesondere um die Schwierigkeit, eine Vision vom Kampf zu formulieren, die die verschiedenen Dimensionen von Unterdrückung (intersektional) miteinander verbindet. Über diese Vision wird es möglich sein, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und der Einheit zu schaffen, das die einzelnen politischen Akteurinnen und Akteure miteinander verbindet, und ein politisches Projekt zum Leben zu erwecken, das zugleich antikapitalistisch, antirassistisch, antikolonialistisch, antipatriarchal und ökologisch ist. Nur auf diesem Wege wird es uns gelingen, die Vision eines grundlegenden Wandels tief in der Gesellschaft zu verankern. ■■■

- ¹ Federici, Silvia (2014): *O feminismo e as políticas do comum em uma era de acumulação primitiva*, in: Sempreviva Organização Feminista: Feminismo, economia e política: Debates para a construção da igualdade e autonomia das mulheres, São Paulo.
- ² Herrero, Yayo (2011): *Propuestas feministas para un sistema cargado de deudas*, in: Revista de Economía Crítica. N 13. Asociación Cultural Economía Crítica, Barcelona.
- ³ Mit «Akkumulation durch Enteignung» bezeichnet der marxistische Theoretiker David Harvey Methoden der ursprünglichen Akkumulation, die zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems sukzessiv auf Bereiche ausgeweitet werden, auf die der Markt zunächst noch keinen Zugriff hatte. Während die ursprüngliche Akkumulation zur Schaffung eines neuen Systems führte, das an die Stelle des Feudalismus trat, hat die *Akkumulation durch Enteignung* zum Ziel, das gegenwärtige System zu verfestigen und trifft insbesondere die im Zuge der Überakkumulationskrise verarmten Sektoren.
- ⁴ Moreno, Renata (2013): *Economía feminista: una visión antisistémica*, in: Sempreviva Organização Feminista: En busca de la Igualdad, São Paulo.
- ⁵ Die Kultur der Suffizienz hinterfragt das Produktions- und Verbraucherverhalten der reichen Länder und der Reichen in aller Welt. Sie schlägt alternative Organisationsformen für das Leben, die Arbeit und das Verhältnis zur Natur vor, bei denen das Wohlergehen der Menschen und ihrer Gemeinschaften im Mittelpunkt stehen.
- ⁶ Siehe Fußnote 1.

Weiterführende Literatur

- Carrasco, Cristina (2003): *Sustentabilidade da vida humana: um assunto de mulheres?*, in: Faria, Nalu/ Nobre, Miriam (Hrsg.): *A produção do viver: ensaios de economia feminista*, São Paulo.
- León, Magdalena (2006): *La perspectiva de las Mujeres*, in: Integración: nuevas rutas. Reihe América Latina en Movimiento 414-5, Quito.
- Freitas, Tais Viudes de (2008): *Experiências de socialização do trabalho doméstico na América Latina*, in: Silveira, Maria Lucia da/ Tito, Neuza (Hrsg.): *Trabalho doméstico e de cuidados: Por outro paradigma de sustentabilidade da vida humana*, SOF, São Paulo.
- Puleo, Alicia (2011): *Ecofeminismo para otro mundo posible*, Madrid.



Auszug aus dem Film «Was ist eigentlich Neo-Extraktivismus?»
Zu sehen unter <http://goo.gl/eu1U7g>

Weitere Informationen zum Thema finden Sie im Dossier «Neo-Extraktivismus in Lateinamerika» unter <http://bit.ly/1PL7oak>

Zum Beispiel:

- Artikel zum Thema Neo-Extraktivismus
- Dokumentation und Videos der internationalen Konferenz «Rohstoffausbeutung und die Zukunft der Demokratie in Lateinamerika – Befunde und Herausforderungen», die am 13./14. Mai 2014 in der Heinrich-Böll-Stiftung stattfand.
- Erklärfilm
«Was ist eigentlich Neo-Extraktivismus?»
<http://goo.gl/eu1U7g>
Auch verfügbar auf Spanisch und Portugiesisch.

- Factsheet und Infografiken:
Rohstoffausbeutung in Lateinamerika
<http://goo.gl/JpWeuo>
- Publikation «Lateinamerika – Zwischen Ressourcenausbeutung und 'gutem Leben'» in der Reihe «politische ökologie» des oekom verlag (pö 134, September 2013).

Perspectivas Lateinamerika kann auf unserer Webseite als Print- (Deutsch) und E-Publikation (Deutsch und Spanisch) bestellt oder abonniert werden:
www.boell.de/perspectivas-lateinamerika

Alle Illustrationen im Heft: **Jorge Aurelio Álvarez**

Jorge Aurelio Álvarez, Mexiko-Stadt, studierte Design und visuelle Kommunikation an der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko (UNAM). Zurzeit studiert er in Hamburg. Er ist auf Illustration, Buchdesign, Kartographie und Entwicklung von Videospielen spezialisiert.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Referat Lateinamerika

Ingrid Spiller
Schumannstraße 8
10117 Berlin

T 0049 (0)30 28 53 40
W www.boell.de/lateinamerika

Büro Rio de Janeiro

Dawid Bartelt
Rua da Glória 190, ap. 701
2024 1180 Rio de Janeiro-Glória

T 0055 21 32 21 99 00
E info@br.boell.org
W www.br.boell.org

Büro Mexiko-Stadt

Annette von Schönfeld
Calle José Alvarado 12
Colonia Roma Norte
Delegación Cuauhtémoc
CP 06760 México D.F.

T 0052 55 52 64 15 14
E mx-info@mx.boell.org
W www.mx.boell.org

Büro San Salvador

Zulma Lorena Argueta
Residencial Zanzíbar
Pasaje A-Oriente No. 24
San Salvador
El Salvador

T 00503 22 74 68 12
E sv-info@sv.boell.org
W www.mx.boell.org

Büro Santiago de Chile

Ingrid Wehr
Avenida Francisco Bilbao 882
Providencia
Santiago de Chile
Chile

T 0056 2 25 84 01 72
E info@cl.boell.org
W www.cl.boell.org

Impressum

Herausgeberin
Erscheinungsdatum

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
September 2015

Redaktion
Mitarbeit

Ingrid Spiller und Icíar Oquiénena
Ines Thomssen, Julia Ziesche, Petra Tapia und Thomas Fatheuer

Übersetzung aus dem Spanischen
Übersetzung aus dem Portugiesischen
und dem Spanischen (M. Svampa)

Beate Engelhardt (außer dem Text von M. Svampa)

Martin Schorr

Satz
Druck
Papier

State, Berlin
Gallery Print, Berlin
Envirotop, 100 g/m² matte bright white 100% recycling paper, Cover: Clarosilk, 200 g/m²



Die in den Artikeln vertretenen Meinungen sind die der Autor/inn/en und nicht notwendigerweise die der Heinrich-Böll-Stiftung.
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0

